Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 196. Dienstag, den 23. August 1921. 28. Jahrgang.

Der Wortlaut der Antwort Ishiis an Briand.

Das Antwortschreiben, das Vicomte Ishii am 19. d. M. an den Ministerpräsidenten Briand richtete, liegt nunmehr im Wortlaut vor. Es lautete folgendermaßen (WTB.):

Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 12. August zu bestätigen, der mich davon in Kenntnis setzt, daß folgende Entschließung vom Obersten Rat angenommen worden ist:

(Folgt die Entschließung.)

Obschon es mir noch nicht möglich gewesen ist, meine Kollegen vom Rat über die Frage zu befragen, ob sie bereit wären, die in dieser Resolution enthaltene Einladung anzunehmen, habe ich die feste Ueberzeugung, daß sie sich im Einklang mit dem Wortlaut und dem Geist des Völkerbundspaktes bereit erklären werden, diese Aufgabe zu übernehmen. Diese Ueberzeugung wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß der Oberste Rat seine Absicht bekräftigt hat, alles zu tun, was in seiner Macht ist, damit in Oberschlesien nicht Unruhe entsteht und die Beratungen des Völkerbundsrates hindert.

Aus der Diskussion, die dieserhalb vor dem Obersten Rat stattgefunden hat, habe ich ersehen, daß diese Angelegenheit der Prüfung des Völkerbundsrates ohne Vorbehalt und ohne Einschränkung übergeben worden ist, und daß der Völkerbundsrat infolgedessen alle Freiheit hat, die Angelegenheit zu behandeln, wie er es für am wirksamsten halten wird.

Ich bin sicher, daß während der Beratungen des Völkerbundsrates alle im Obersten Rat vertretenen Regierungen von jedem Akt Abstand nehmen werden, der diese Freiheit beschränken, oder einer unparteiischen Prüfung dieser Angelegenheit durch den Völkerbundsrat schaden könnte. Unter dieser Voraussetzung hoffe ich fest, daß der Völkerbundsrat nicht nur die in der Entschließung des Obersten Rates enthaltene Einladung annehmen wird, sondern, daß er auch in kurzer Frist eine Empfehlung, die von allen Mitgliedern des Rates einstimmig angenommen worden ist, wird vorlegen können.

Der letzte Absatz der Entschließung des Obersten Rates bittet den Völkerbundsrat, die Angelegenheit mit großer Eile zu behandeln. Ich habe infolgedessen den Völkerbundsrat zu einer außerordentlichen Sitzung auf den 29. August nach Genf berufen. Die Worte der Entschließung kündigten an, daß meine Kollegen vom Völkerbundsrat und ich selber vom Obersten Rat ein Schriftstück bezüglich der Schwierigkeiten erhalten würden, die die Ziehung der Grenzlinie in Oberschlesien entstehen ließ. Ich brauche wohl nicht zu betonen, daß wir glücklich wären, dieses Schriftstück und eventuell eine geschichtliche Darlegung in möglichst kurzer Frist noch vor dem 29. August zu bekommen.

Die Truppentransporte nach Oberschlesien.

Paris, 23. August.

Der „Temps" schreibt: Nachdem die Entsendung von je zwei Bataillonen nach Oberschlesien zwischen England, Italien und Frankreich vereinbart wurde, soll diese Entscheidung der deutschen Regierung bekannt gegeben werden und eine Festsetzung des Zeitpunktes für den Abtransport erfolgen. Der französische Geschäftsträger in Berlin erhielt die Weisung, sich mit seinem englischen und italienischen Kollegen zu verständigen und der deutschen Regierung gemeinsam hiervon Mitteilung zu machen. —

Eisenbahnerstreik in Westpolen.

Bromberg, 22. August.

Die drei Eisenbahnverbände Westpolens planten am 22. ds. Mts. sechs Uhr morgens in den Streik zu treten, da ihre Forderungen vom Ministerium nicht erfüllt werden. Der Beschluß ist heute zur Tatsache geworden. Seit 6 Uhr fr[illegible] ist der Eisenbahnverkehr in Posen und Pommerellen eingestellt. Die Regierung hat Maßnahmen getroffen, um den Verkehr notdürftig aufrechtzuerhalten. Gegenwärtig finden Versammlungen der Postbeamten und Transportarbeiter statt, um in den Sympathiestreik einzutreten.

Danzig, 22. August.

Wie die polnische Eisenbahndirektion in Danzig mitteilt, ist man polnischerseits bemüht, in Pommerellen und Posen mit allen Kräften den durch den Eisenbahnerstreik lahmgelegten Betrieb notdürftig aufrechtzuerhalten, und in erster Linie die Durchführung der für das Gebiet der Freien Stadt Danzig in der Richtung nach Neustadt und Dirschau passierenden Züge sicherzustellen. Auch die sogenannten Transitzüge vom Deutschen Reich nach Ostpreußen durch den polnischen Korridor sollen mit allen Mitteln möglichst durchgeführt werden. Der Eisenbahnverkehr innerhalb des Freistaates Danzig wird von dem Ausstande der polnischen Eisenbahner nicht berührt, dagegen ruht der Güterverkehr vollkommen. Die Aufgabe leicht verderblicher Güter zum Transport ist verboten. Die Warschauer Züge treffen in Danzig mit gewaltigen Verspätungen ein.

Die Streikbewegung in Warschau.

TU. Warschau, 23. August.

In Warschau dauert der Streik der Metallarbeiter und der Vorortskleinbahnen an. Der Kleinbahnangestelltenstreik wirkt ungünstig auf die Verpflegung der Stadt. Seit Sonntag früh streiken auch die Straßenbahner in Warschau. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von 50 Prozent. In amtlichen Kreisen trägt man sich mit dem Gedanken einer Verstaatlichung den Kleinbahnen, die einer Aktiengesellschaft gehören.

Die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund.

London, 23. August.

Lebhaft wird in den Blättern die Frage erörtert, wer Deutschland auf der Genfer Tagung vertreten werde und ob der Reichskanzler Dr. Wirth selbst diese Rolle übernehmen wird. Die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund hänge in nicht geringem Maße von der Art und Weise ab, in der Deutschland in Genf für sich eintreten werde.

Danzig und der Völkerbundrat.

TU. Danzig, 22. August.

Beim Senat der Freien Stadt Danzig ist eine Note des Völkerbundes eingegangen, wonach bei der nächsten Sitzung des Völkerbundsrates über die rechtliche Stellung der Polen in Danzig und über ein Gesetz betreffend die Staatsangehörigkeit in Danzig verhandelt werden soll. Außerdem wird sich der Völkerbundsrat mit der Finanzlage der Freien Stadt sowie mit ihrer militärischen Verteidigung befassen. Als Zeitpunkt des Zusammentritts des Rates war ursprünglich der 1. September vorgesehen. Nachdem nun aber die oberschlesische Frage durch den Rat zu erörtern ist, wird der Zeitpunkt wahrscheinlich bis Mitte September hinausgeschoben werden.

Eine Proklamation der einziehenden Ungarn in Fünfkirchen.

TU. Budapest, 22. August. Der ungarische General Soos, der in Fünfkirchen, welches von den Jugoslawen geräumt wurde, einzog, erließ eine Proklamation an die Bevölkerung, in welcher er sagt: „Wir sind gekommen, um Tränen zu trocknen und schwere Wunden zu heilen. Mit versöhnlichem Herzen bringen wir brüderliche Liebe auch jenen entgegen, welche, von gewissenlosen Agitatoren irregeführt, für einen Augenblick schwankend geworden sind. Die Aufwiegler aber werden von der Strenge des Gesetzes betroffen werden, und wer es wagen sollte, mit tollkühner Hand die Wiederherstellung zu stören, auf den wird die starke Faust der nationalen Armee unerbittlich niedersausen."

Ausschreitungen in Ischl.

TU. Ischl, 22. August.

Gestern fand hier eine Demonstrationsversammlung der staatlichen Arbeiter statt. Nach Schluß der Versammlung zogen die Arbeiter in geschlossenem Zuge zum Bahnhof, und hierbei soll vom 1. Stock des Hotels Elisabeth aus ein junger Mann „Pfui" und „Abzug" gerufen haben. Die Arbeiter machten kehrt und zogen zu dem Hotel Elisabeth, daß sie förmlich besetzten. Zwei junge Kurgäste, die beiden holländischen Barone Capelle, wurden von den Arbeitern, namentlich der jüngere, wiederholt zu Boden geworfen und geohrfeigt, mußten Abbitte leisten und sich verpflichten, heute Ischl zu verlassen.

Massenflucht der Baranya-Bevölkerung.

Belgrad, 20. August. (Pressebureau.) Die Räumung Fünfkirchens hat heute begonnen. Die Bevölkerung wartet in großen Massen auf die Uebersiedlung nach Jugoslawien. Ueber 1000 Personen sind bereits abgereist. Die jugoslawischen Behörden werden das Gebiet von Fünfkirchen am 22. d. Mts. übergeben.

Das Mißtrauen gegen die Justiz.

Mit der gleichen bemerkenswerten Ungeschicklichkeit, die wiederholt in letzter Zeit Kundgebungen der preußischen Regierung auszeichnete, ist auch der neueste Erlaß des preußischen Justizministers Am Zehnhoff, betreffend die Heranziehung von Arbeitern zum Schöffen und Geschworenenamte abgefaßt. Die Veröffentlichung selbst ist in Ausführung der seinerzeit vom Reichsjustizminister herausgegebenen Kundgebung an die Justizminister der Länder erfolgt. Mit der Verordnung selbst ist eine alte Forderung der Sozialdemokratie wenigstens zum Teil erfüllt, die darin bestand, diejenigen Kreise der Bevölkerung zur Rechtsprechung heranzuziehen, die von ihr bisher so gut wie völlig ausgeschlossen waren. Wenn die Arbeiterschaft für sich das gleiche Recht forderte, wie man es den übrigen Klassen der Bevölkerung längst eingeräumt hatte, so wurde heuchlerisch von richterlicher Seite auf die Mitwirkung von Laien der Schöffen- und Geschworenenjustiz hingewiesen. Sah man sich daraufhin die Geschworenenbank ein wenig näher an, so bekam man jedoch recht merkwürdige Eindrücke: ein Teil der Geschworenen bestand aus Vertretern des großen Landbesitzes, einige waren Kaufleute und Industrielle, namentlich der Fabrikant war und ist für das Schwurgericht eine beliebte Erscheinung, und zwischen diesen typischen Vertretern des besitzenden Bürgertums wurde ab und zu zur Beruhigung der öffentlichen Meinung ein „Renommierarbeiter" gesetzt.

Das soll nun anders werden. Wenn die preußische Verfügung von der Notwendigkeit spricht, künftighin allen Kreisen der Bevölkerung, insbesondere auch der Arbeiterschaft, mehr als bisher die Teilnahme an der Rechtsprechung zu ermöglichen, so kann man dieser Auffassung nur zustimmen. Weit bedenklicher ist jedoch die Begründung, die dieser Verordnung unterlegt wird. Wenn die Gerichtsbehörden glauben, das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen die Justiz und ihre Organe werde in um so größerem Umfange schwinden, je mehr sie selbst zu Organen dieser Justiz werden, so ist das ein Irrtum, der verhängnisvoll werden kann. Es ist zum Ueberfluß oft ausgesprochen, daß an der subjektiven Rechtlichkeit der ungeheuren Mehrheit des preußischen wie des deutschen Richtertums kein Zweifel bestehen kann. Es ist jedoch ebenso oft gesagt worden, daß die Richter auf Grund ihrer Klassenzugehörigkeit wieder und wieder Urteile fällen, die in objektivem Sinne als Tendenz-, als Klassenurteile gekennzeichnet werden müssen. Glaubt die preußische Justizbehörde, diese durch Tausende jederzeit nachweisbaren Beispiele in der Arbeiterschaft festgewurzelten Ueberzeugung durch die Heranziehung der Arbeiter zur Justiz in ihr Gegenteil verwandeln zu können? Wir glauben im Gegenteil, daß je mehr die Arbeiterschaft Einblicke in die Rechtspflege gewinnt, ihre Abneigung gegen diese sich in immer schärferem Maße vertiefen wird. Es ist richtig, daß der Arbeiter einem Gericht größeres Vertrauen entgegenbringen wird, das er mit Angehörigen seiner Klasse besetzt findet, von denen er voraussetzen darf, daß sie Verständnis für seine soziale Lage empfinden werde: es ist jedoch nicht richtig, daß die Stimmung der Arbeiterschaft den bestehenden Gesetzen gegenüber eine freundlichere wird, weil sie von Arbeitern angewandt werden müssen, die den Klassencharakter dieser Gesetze keinen Augenblick verkennen.

Das Mißtrauen unserer Arbeiterschaft gegen die Rechtspflege ist ein doppeltes: einmal richtet sie sich gegen die Träger der Rechtsinstitutionen, sodann gegen die Rechtsinstitutionen selbst. Diese tragen derartig typisch den Charakter der deutschen Monarchie und der eigentumschützenden Gründerjahre, daß auch die sozialste Gesinnung schließlich in ihnen ein unübersteigbares Bollwerk findet. Das Jahr 1879 zeigte eine Massenproduktion an Reichsgesetzen, deren qualitativer Wert in keinem Verhältnis zu ihrer quantitativen Fülle stand. Ueber die Mängel des Reichsstrafgesetzbuches von 1874 ist schon soviel geschrieben worden, daß an dieser Stelle nicht nochmals darüber gesprochen zu werden braucht. Auch der Arbeiter, der als Richter mit dem ehrlichsten Willen zur Objektivität an diese Gesetze herantritt, kann kaum anders, als mit ihrer Hilfe Klassenurteile fällen. Es soll in diesem Zusammenhange nicht verkannt werden, daß die Justiz in der letzten Zeit verschiedene Anläufe zu einer Reform nahm. Weitgehende Beachtung fand der Erlaß des Reichsjustizministers, wonach künftighin Freiheitsstrafen bis zu einem Monat Gefängnis in entsprechende Geldstrafen umgewandelt werden sollen. Von sozialdemokratischer Seite wurde sofort darauf hingewiesen, daß diese Verordnung ein neues Privileg für die besitzenden Klassen darstelle, weil der Arbeiter bei seiner gedrückten finanziellen Lage doch nicht imstande sein würde, von dieser Vergünstigung Gebrauch zu machen. Offiziös wurde hierauf sofort erwidert, auch der Arbeiter könne Nutzen hieraus ziehen, da die Verordnung in weitherzigstem Sinne ausgelegt werden solle, und dem Arbeiter die Möglichkeit gegeben werden solle unauftreibbare Geldsummen durch Arbeit zu ersetzen. Man wird dieser Erwiderung gegenüber eine abwartende Haltung einnehmen müssen und scharf beobachten, was die Praxis der Zukunft bringt.

Mögen auch für die kommende Zeit, wie es beabsichtigt zu sein scheint, neue Justizreformen geplant sein, so mögen

sich doch die amtlichen Stellen keiner Täuschung darüber hingeben, daß das Mißtrauen der Arbeiter gegen die Rechtspflege durch Palliativmittelchen aus der Welt geschafft werden kann, sondern daß hierzu eine Reform der Justiz an Haupt und Gliedern notwendig ist, die von dem bestehenden Bau keinen Stein auf dem anderen läßt. In erster Linie Schutz der Gesell aft und Schutz der Persönlichkeit, dann erst Schutz des Eigentums — das sind die großen Maximen, die sich jede künftige Rechtsreform als regulative Prinzipien zu eigen machen muß.

Phantastische Hungerbekämpfung in Sowjetrußland.

NZ. Daß die Hungersnot den Sowjetbehörden das Projektemachen nicht ausgetrieben, vielmehr noch angeregt hat, zeigt die Mitteilung der „Exonomitscheskaja Shisn" von dem Plane einer „staatlichen Brotanleihe", die bei dem zuständigen Kommissariat eine „beifällige Aufnahme" gefunden haben soll. Die Grundzüge dieser Brotanleihe sind die folgenden: Die Brotanleihe wird durch das ganze Staatsvermögen gedeckt. Sie wird in kleinen Coupons etwa auf 3 bis 9 Pud Getreide lautend, emittiert in Form von Inhaberscheinen, die der Staat im Laufe von 3 Jahren zu tilgen hat. Zu diesem Zweck hat jeder Schein 3 Coupons für die Jahre 1922, 1923, 1924. Nach diesen Coupons soll die Naturalanleihe zurückgezahlt werden und zwar während der ersten drei Monate nach der Einbringung der jeweiligen Ernte. Die Städter erhalten die Scheine übrigens nicht nur gegen Lieferung von Brot, sondern auch von anderen als gleichwertig erachteten Waren nach einem speziellen Werttarif.

Die Realisierung der Anleihe geschieht innerhalb von drei Monaten nach der Emittierung der Anleihescheine. Da aber im Kampfe gegen den Hunger jeder gewonnene Tag teuer ist, erhalten die ersten Scheinekäufer gewisse Vergünstigungen: im ersten Monat werden ihnen 32 Pfund, im zweiten 34 Pfund und im dritten 38 Pfund als voller Pud (= 40 Pfd.) angerechnet. Die Scheine werden auf Roggen lauten, indessen werden auch andere Arten Getreide und Mehl, nach speziellem Preistarif entgegengenommen.

Die Gesamtsumme der „Brotanleihe" wird auf 120 Millionen Pud Nominalwert veranschlagt, was, nach Abzug der Realisationskosten, ungefähr 100 Millionen Pud einbringen soll.

Die „Prawda" (Nr. 150) protestiert gegen das Projektmachen als Gefahr: „Es ist gefährlich und sogar verbrecherisch, unter der hungernden Bevölkerung derart phantastische Pläne zu verbreiten und in ihr den Glauben auf schnelle und leichte Beseitigung der Not zu erwecken."

Dies hindert aber die „Prawda" nicht, in Nr. 153 selbst mit einem neuen, kaum weniger abenteuerlichen Plan der schleunigen Urbarmachung der Kaukasussteppen am Flusse Kura hervorzutreten. „Die Muganer, Mamar, Schirwacker und Silaziner Steppen sowie die anliegenden Gebiete an der Kura, die eine Fläche von 1 263 000 Dessjatinen (Dessjatine = 1,05 ha) fruchtbarer Erde umfassen, die heute sich nur für hohe Kulturen (Baumwolle, Rizinus usw.) eignet, kann man durch die Beschäftigung russischer Arbeiter aus den Hungergebieten in eine unerschöpfliche Vorratskammer von Lebensmitteln verwandeln."

Aber wie? Der Verfasser versichert, hierzu gehören die allereinfachsten Instrumente: Schaufel, Axt, Rasenhacke, Bohrgerät; die Hungernden sind auf der Wolga bis Astrachan, dann durch das Kaspische Meer bis Baku zu transportieren. Für die Verpflegung aller für die Urbarmachung notwendigen Arbeiter mit ihren Familien (etwa 300 000 Personen insgesamt) sind allerdings für 8 Monate 2 400 000 Pud Brot nötig. Woher die nehmen? Aber unser Projektmacher wird nicht verlegen: „Reicht das an Ort und Stelle (also im Kaukasus) vorhandene Brot nicht, so kann man eine vollkommen ausreichende Menge Weizen, Reis und Fleisch aus Persien im Austausch gegen Petroleum, Benzin, Schmieröle usw. erhalten." Der Einbildungskraft sind im Sowjetlande wirklich keine Grenzen gezogen.

Spekulationsfieber auch in Sowjetrußland.

Trotz des „reinen Kommunismus" blüht auch in Rußland die Valutaspekulation im Geheimen. Auf den sogenanten „grünen Börsen" werden fremde Geldsorten und auch Effekten schwunghaft gehandelt. Diese Börsen werden hauptsächlich in Petersburg und Moskau abgehalten. Also die übelsten Formen des Kapitalismus können sich in diesem Arbeiterparadies fröhlich am Leben erhalten. Diese Kurse halten sich infolge der gleichen Wertlosigkeit des Sowjetgeldes fester als in Deutschland. Hier die letzten Kurse für ausländische Geldsorten:

1 amerikan. Dollar	31 200	Sowjetrubel	gegen	2	Rubel	1914
1 franz. Franken	3 100	„	„	0,35	„	„
1 schweizer Franken	5 200	„	„	0,35	„	„
1 Pfd. Sterling	93 400	„	„	9,25	„	„
1 schwedische Krone	7 000	„	„	0,52	„	„
1 norwegische „	4 850	„	„	0,52	„	„
1 dänische „	5 750	„	„	0,52	„	„
1 österreichische „	95	„	„	0,40	„	„
1 tschechische „	400	„	„	—	„	„
1 holländ. Gulden	10 200	„	„	0,80	„	„
1 Reichsmark	575	„	„	0,46	„	„
1 Zarenrubel	90	„	„	—	„	„
1 Dumarubel	22	„	„	—	„	„

Besonders launig ist, daß das Papiergeld des Zaren und der alten zersprengten Duma 90- bezw. 22mal höher bewertet wird, als der Sowjetrubel.

Auf dem Effektenmarkt sieht es ähnlich aus. Auch hier bemerkt man, daß Papiere der alten russischen Regierung und der sozialistischen Unternehmungen, die doch eigentlich gar keinen Wert mehr repräsentieren, viel höher bewertet werden, als das offizielle Geld des Sowjetstaates. Für die 4prozentige russische Staatsanleihe vom Jahre 1902 wird der 85fache Betrag in Sowjetrubeln bezahlt, für die Aktien der internationalen Petersburger Handelsbank der 500fache Betrag usw.

Wer von den deutschen Arbeitern erstrebt, das russische Vorbild in Deutschland nachzumachen, dem kann höchstens noch eine Kaltwasserkur helfen!

Die Schlacht bei Gordium.

Paris, 22. August.

Wie „Radio" aus Konstantinopel meldet, besagen die letzten, aus Anatolien eingegangen Meldungen, das das Gros der kemalistischen Streitkräfte mit der griechischen Armee in der Nähe von Gordium Fühlung genommen hat, wo auf einer Front von 40 Kilometer eine große Schlacht begonnen hat. Diese Front dehnt sich von Yeni—Keni im Süden bis Salateki im Norden von Gordium aus. Nachdem die griechischen Truppen mit großer Mühe und unter erheblichen Verlusten den Sakaria-Fluß bei seinem Nebenfluß Ghemanzlu überschritten haben, versuchen sie jetzt den linken Flügel des bei dem Berge Karelisaß verschanzten Feindes aufzurollen. Die Türken haben außerordentlich fest ausgebaute Stellungen inne, wo sie sich gegen die Griechen mit Hartnäckigkeit verteidigen.

Aus Meldungen des Konstantinopeler Korrespondenten des „Exchange Telegraph" geht hervor, daß der kemalistische Widerstand ständig wächst. Man vermutet, daß die türkischen nationalistischen Truppen Verstärkungen aus dem Kaukasus und Cilicien erhalten haben.

Einer Meldung des „Daily Telegraph" aus Smyrna zufolge vernichteten die Griechen nach Ueberschreitung der Sakharia-Flusses und heftigem Kampfe die türkische Kavallerie, wobei sie 170 Offiziere und 4000 Mann gefangennahmen.

Die amerikanische Besatzungsarmee.

Washington, 23. August. Der Bericht über die enormen Kosten der Rheinarmee, für die Deutschland noch 200 Millionen Dollar schulden soll, hat beim Senat Aufsehen erregt. In erster Linie wird die Stärke der Besatzung, die noch 13 795 Mann beträgt, als zu hoch erachtet. Die Mehrheit der Senatskommission für auswärtige Beziehungen hat den Senat ersucht, dafür eintreten zu wollen, daß mit dem Abschluß des Handelsvertrages für Deutschland sofort die gesamte Rheinarmee zurückgezogen wird. Das Abgeordnetenhaus wird eine gleichlautende Resolution vorbereiten.

Selbstmord eines russischen Prinzen in Paris.

TU. Paris, 22. August.

Der 25jährige russische Prinz Lobanoff hat sich heute morgen in einem Anfall von Neurasthenie durch einen Revolverschuß in den Kopf im Walde von Boulogne getötet.

Ein englischer Ueber-Dreadnought vor Konstantinopel.

TU. London, 22. August.

Aus Malta wird gemeldet, daß ein englischer Ueber-Dreadnought nach Konstantinopel abgegangen ist.

Ein Verbot des Reichswehrministers.

TU. Berlin, 23. August.

Am Mittwoch nachmittag wird im Stadion im Grunewald eine nationale Feier unter dem Namen „Deutscher Frontkämpfertag" stattfinden. Der Reichswehrminister hat einen Befehl erlassen, der den Angehörigen der Reichswehr die Teilnahme an der Feier, wenigstens in Uniform verbietet.

*

Um dieses Verbot ihres Ministers wird sich die Reichswehr gerade kümmern. Niemals werden sich die „republikanischen" Offiziere das Recht nehmen lassen, bei jeder Gelegenheit für die Monarchie mit Paraden und ähnlichen militaristischen Scherzen zu demonstrieren.

Was uns z. B. über die Feier am vergangenen Sonntag in Ratzeburg zu Ohren gekommen ist, das ist so unglaublich, daß wir uns von verschiedenen Seiten Bestätigung holten. Es lieferte nicht nur eine Reichswehrkompagnie eine Parade, sondern es marschierten gar eine Anzahl Oberjäger in der historischen Tracht wilhelminischer Zeit wie aufgezogene Truppen mit geschultertem Gewehr im Zuge mit. Soweit sind wir also jetzt, daß die Reichswehr in der alten Uniform wiedre mit durchgedrückten Knien vor Generalen und ähnlichem Ueberbleibsel vorbeimarschiert.

Es ist wie eine Sage, daß die geheimen Waffenbestände der Garnison Ratzeburg entdeckt und beschlagnahmt wurden; manches der gefundenen Gewehre hatte wohl die Bestimmung, sich möglichst bald gegen die „aufsässigen" Arbeiter zu richten.

Die Lohnforderungen der Beamtenverbände und der Gewerkschaften.

TU. Berlin, 23. August. (Lokalanzeiger). Im Reichsfinanzministerium wurden gestern die Verhandlungen über die von den Beamtenverbänden und Gewerkschaften erwogenen Gehalts- und Lohnforderungen eingeleitet. Wie schwierig sich diese Verhandlungen gestalten werden, erhellt daraus, daß der Deutsche Beamtenbund an seinen Forderungen, besonders auf Zahlung der gleichen und laufenden Teuerungslage von 5000 Mark jährlich unbedingt festzuhalten entschlossen ist.

Brandenburger Bezirkstag S. P. D.

Brandenburg, 22. August.

Auf dem Bezirkstag der S. P. D. der Provinz Brandenburg wurde nach einem Referat von Otto Wels eine Entschließung angenommen, in der u. a. folgendes ausgeführt wird: Der Bezirkstag der Sozialdemokratischen Partei für die Provinz Brandenburg erklärt, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Steuern in dieser Art für die Sozialdemokratische Partei unannehmbar sind. Der Bezirksparteitag wünscht, im Falle des Festhaltens der Regierung an der Gesamtheit dieses Steuerprogramms, die Neuwahl des Reichstages. Um den auch im Interesse der Arbeiter liegenden Aufgaben zu genügen, ist die Sozialdemokratische Partei bereit, Opfer zu bringen. Aber sie muß fordern, daß zuvor die besitzenden Klassen in besonders einschneidender Weise zur Steuerleistung herangezogen werden, sodaß die Steuerverpflichtungen des Besitzes der künftigen Steuerreform den Stempel aufdrücken.

Kommunistischer Parteitag.

Jena, 22. August. („Vorwärts".)

In dem Saal des Volkshauses, das Ernst Abbé der Volksbildung erbaut hat, und der 1905, 1911 und 1913 die Parteitage der deutschen Sozialdemokratie beherbergte, begann heute vormittag die Tagung der V. K. P. D. Unter den zirka 300 Teilnehmern befinden sich auch einige ausländische Vertreter. Die kommunistische Gewerkschaftsinternationale vertritt Josuforitsch. Ein Delegierter des Exekutivausschusses der Dritten Internationale soll noch kommen.

Um 10 Uhr eröffnet Orgelspiel mit der Internationale den Kongreß, der sich erhebt und einstimmt. Darauf beginnt Walter Stöcker seine Eröffnungsrede mit einem Gruß an die kraftgefangenen Genossen, dem Ruf nach Freilassung der politischen Gefangenen und mit der Glorifizierung Sowjetrußlands. Die Revolutionäre aller Länder, so behauptet Stöcker, wollen die

Hilfsaktion für Rußland

in konterrevolutionärem Sinne benutzen. Merkwürdig ist Stöckers Versicherung, daß keiner mehr die Einheit der V. K. P. D. zerstören könne. (Wer versucht es denn?) Die Parteikrise infolge der Märzniederlage soll auf diesem Parteitag diskutiert werden; dank der Moskauer Kongreßthesen werde das gelingen.

Zu Vorsitzenden werden gewählt: Pieck, Friesland und Schumann-Halle. Pieck übernimmt den Vorsitz.

Herker-Jena begrüßt die Delegation unter Hinweis auf den gestrigen Jenaer militaristischen Klimbim zum Regimentstag der 94er, der freilich in dem imposanten Umzug der Gewerkschaften ein erfreuliches Gegengewicht gefunden hat. Herker gedachte auch des hochsinnigen Herrn Abbé.

Josuforitsch-Moskau wird mit großem Beifall begrüßt. Der Vorsitzende des russischen Landarbeiterverbandes spricht namens der Moskauer Gewerkschaftsinternationale. Josuforitsch führte aus: Von den 50 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern seien bis 18 Millionenn (?) Anhänger der Moskauer und Gegner der „reaktionären" Amsterdamer Internationale. Nicht Zerstörung, sondern Eroberung der Gewerkschaften sei das Ziel.

Pieck verliest aus einer Zeitung ein ellenlanges Begrüßungsschreiben der Moskauer Exekutive, das die „Regierung der Sozialdemokraten" für die Einkerkerung der Aufstandsopfer verantwortlich macht, die Vertuschung der Fehler der Märzaktion verurteilt, Offensiven um jeden Preis verdammt, sich gegen die „leeren Schreihälse" der V. K. P. D. und gegen die „menschewistischen" Leviten wendet.

Friesland verliest

ein Schreiben Lenins

der die Lage der V. K. P. D. als sehr schwierig bezeichnet. Infolge der Einigkeitstradition sei es in Deutschland zu spät zur Spaltung gekommen und der Haß gegen die opportunistische Sozialdemokratie dieses „edelste Gefühl", habe wiederholt die kluge Ueberlegung übertönt. Die umfangreiche Abkanzelung Lenins beschäftigt sich gleichfalls mit den Halbanarchisten links wie den Leviten rechts. Mit beiden solle der Parteitag fest aufräumen. Lenin tadelt die unangebrachte Polemik Levis und Klara Zetkins, die nur Paul Levi nütze, während Klara Zetkin einen Friedensvertrag mit Moskau geschlossen habe. Levis Kritik sei sachlich nicht ganz unberechtigt gewesen, aber durch ihre geradezu „jungenhafte Art" habe sie die Aufmerksamkeit von den Fehlern bei der Märzaktion abgelenkt.

Schließung der Sportbanken und Wettkonzerne?

Berlin, 23. August.

Gegenwärtig wird eine Schließung sämtlicher Sportbanken und Wettkonzerne usw. in Preußen vorbereitet. Eine entsprechende Verordnung soll bereits in Vorbereitung sein.

Rückkehr von Avignon-Gefangenen.

Karlsruhe, 23. August.

Gestern trafen in Karlsruhe die 34 Gefangenen aus Avignon ein. Den Gefangenen, die seit vier Tagen unterwegs waren, hat man einen herzlichen Empfang bereitet.

Der Sumpf.

Die Verhaftung des Inhabers der Weltkonzern-Firma Köhn hat die Aufmerksamkeit erneut auf den Schwindel dieser Konzerne gelenkt. Nach oberflächlichen Schätzungen, die erst möglich geworden sind, nachdem sich die Behörde Einblick in den Betrieb dieser Konzerne verschafft hat, ist die Allgemeinheit um 300 bis 400 Millionen geschädigt worden. Die Gelder sind in die Taschen der Konzerninhaber geflossen. Es hat sich hier ein Skandal enthüllt, der nicht nur die Skrupellosigkeit eines gewissen Industrieritertums charakterisiert, sondern auch die hanebüchene Dummheit seiner Opfer.

Wie wir zu der Angelegenheit vernehmen, erscheint es ausgeschlossen, daß diese Vorgänge keine gesetzgeberischen Maßnahmen zeitigen. Man ist an den maßgebenden Stellen mit Erwägungen darüber beschäftigt, wie man ähnliche gemeingefährliche Umtriebe durch Gesetz unmöglich machen kann.

Der Geldgeber der Deutschvölkischen!

V. Von den Deutschvölkischen ist der Deutschnationalen Partei oft der Vorwurf gemacht worden, daß ihr Antisemitismus einen verdächtigen Beigeschmack habe, weil die Deutschnationale Partei mit „Judengeld" finanziert werde. Vor einiger Zeit brachten wir eine Zusammenstellung, aus der allerdings hervorging, daß für Herrn Hergt und seinesgleichen trotz aller Judenbekämpfung jüdisches Geld wirklich nicht riecht. Auf die Deutschvölkischen würde ein solcher Vorwurf natürlich nicht zutreffen, ihre Geldquellen sind weit reinerer Art, eine derselben war z. B. — Karl Köhn, der Inhaber des verkrachten Wettkonzerns!

Es war hier schon die Rede davon, daß der „Volksbeglücker" Karl Köhn eifriger Vorkämpfer der Deutschvölkischen gewesen ist. In der gestrigen Gläubigerversammlung in Zirkus Busch wurde nun mehrfach von den „trauernder Hinterbliebenen" die indiskrete Frage aufgeworfen, was es mit einer gewissen Summe von zwei Millionen Mark auf sich habe. Diese zwei Millionen seien von einer Großbank für die Köhn gehörende Höflingsbank abgehoben worden, **aber „irrtümlich" der Deutschvölkischen Bank übergeben worden, die nunmehr die Herausgabe verweigert.**

Die neugierigen Frager, die nur ein privates Interesse trieb, bekamen keine befriedigende Auskunft. Aber die Oeffentlichkeit hat hier ein gewisses Interesse mitzufragen, wie die Köhnschen Millionen gerade auf die Deutschvölkische Bank gelangt sind, und wer schließlich das Geld in seine Tasche gesteckt hat, während die betrogenen Einzahler ihren Einsätzen nachtrauern. Köhn, der wie sein Kollege Klante, ein gewaltiger Held der Rede und der Schrift ist, hatte vor einigen Monaten über die Juden geschrieben:

> Sie lachen ganz still und heimlich und sagen sich: Was jammert ihr Dummen, der Kluge hat nicht nötig zu jammern, er lacht — es wird **ja nur die Dummheit bestraft.**

Köhn (er heißt wirklich Köhn, nicht etwa Kohn!) scheint die Psychologie der Juden studiert zu haben an den deutschvölkischen Kreisen, zu denen er selber gehört.

Der Vertrag zwischen der amerikanischen Hilfsdelegation und der Sowjetregierung abgeschlossen.

TU. Riga, 22. August.

Am 20. August wurde der Vertrag zwischen der amerikanischen Hilfsaktion und der Sowjetregierung unterzeichnet. Die Sitzung, die unter dem Vorsitz des lettländischen Ministerpräsidenten Meyerowitz stattfand, war öffentlich und von zahlreichen, hauptsächlich amerikanischen, Journalisten besucht. Sofort nach Unterzeichnung des Vertrages fand in der hiesigen Sowjetgesandtschaft eine neue Konferenz statt zwischen Nansen und Litvinow. An diesen Verhandlungen nahm eine aus Mitgliedern des Völkerbundes und des internationalen Roten Kreuzes bestehende Delegation teil. ⊕

Nansen über die internationale Hilfsaktion für Rußland.

Riga, 22. August.

Nansen, der z. Zt. hier weilt, erklärte vor einer Versammlung von Pressevertretern, daß er sich Anfang nächster Woche nach Moskau begeben werde, wo er mit der Sowjetregierung die Möglichkeiten der Hilfsleistungen durch das Genfer internationale Hilfskomitee besprechen werde. In Moskau beabsichtigt er nur einige Tage zu bleiben, worauf er nach Genf zurückkehrt, um dem Völkerbund den Entwurf einer Hilfsaktion vorzulegen. Seiner Ansicht nach kann diese nur durch weitgehende Kredite europäischer Staaten erfolgen. Zu Beginn würden hierzu mindestens 1 Millionen Pfund Sterling notwendig sein.

Ein neuer Scherz d'Annunzios.

TU. Lugano, 22. August. Ueber das Meer aus Fiume eingetroffene Freiwillige d'Annunzios haben gestern Punta de Ostro bei Cattaro an der südslawischen Küste südöstlich von Fiume besetzt. Ein italienischer Torpedojäger versuchte vergeblich, die Arditi zur Rückkehr nach Fiume zu veranlassen. Die südslawischen Behörden berichteten telegraphisch über den Vorfall nach Belgrad.

Ludendorff unter Sipo-Schutz.

Frankfurt a. d. O., 22. August.

(„Vorwärts.) Am gestrigen Sonntag fand hier der „Generalappell" des ehemaligen Regiments der Leibgrenadiere statt. Zu diesem Zwecke hatten sich die hiesigen Nationnalisten Ludendorff verschrieben. Dieser hatte in einem Privathause Quartier genommen und sich zu seiner persönlichen Sicherheit eine Wache von Schutzpolizisten erbeten. Zu gleicher Zeit mit der militärischen Feier veranstalteten die freien Gewerkschaften eine große Gegendemonstration. an der sich mehr als 9000 Arbeiter beteiligten. Gegenüber diesem großen Aufgebot der Arbeitermassen verlief die Feier der Nationalisten so kläglich, daß sie in ihrer Wirkung vollkommen erdrückt wurde.

Jena, 22. August.

In Jena fand gestern Sonntag eine Regimentsfeier der ehemaligen 94er statt und zugleich ein Fest der Gewerkschaften. Beide Gruppen veranstalteten Umzüge durch die Straßen. Dadurch, daß die Arbeiter und das große Publikum sich um den Zug der 94er nicht kümmerten, ermutigt, benahmen sich die 94er sehr herausfordernd. Zwei Reserveoffiziere in Uniform wollten mit einer schwarz-weiß-roten Fahne in den von den freien Gewerkschaften und der Afa gebildeten Zug eindringen. Hierbei kam es zu einer Schlägerei, wobei einer der beiden Offiziere erheblich verletzt wurde.

Konservativ und Deutschnational.

Als im November 1918 manche morsche Einrichtung zu Grabe getragen wurde, haben sich alle Parteien, die Sozialdemokratie ausgenommen, neue Firmenschilder beigelegt. Hinter dem neuen Firmenschild blieb aber zumeist alles wie es war. Nur die Deutschnationale Volkspartei zeigt heute ein anderes Gesicht, als die alte konservative Partei. Was sich heute in der Deutschnationalen Volkspartei bewegt, ist eine Häufung politischer Unsauberkeit, Skrupellosigkeit, Verleumdung und Niedertracht, eine solche Fülle von Lüge und Demagogie, daß die wenigen anständigen Deutschnationalen völlig verschwinden. Man denke an die Verleumdungen gegen die führenden Männer der Republik seit mehr als zwei Jahren! Wenn die Arbeiterschaft diese Tatsache erkennt, so muß sie zu ihr irgendwie Stellung nehmen. Dies geht nicht auf dem Wege, daß sie sich gleichfalls der niedrigsten und schmutzigsten Kampfmittel bedient, wenngleich die deutschnationalen Gegner es nicht besser verdienten. Es gibt nur ein Mittel; es muß den Feinden der Republik auf ihrem Wege nachgespürt werden. Ihre Niederträchtigkeit muß an den Pranger. Je unlößlicher das deutsche Proletariat mit der deutschen Republik verwurzelt und schließlich eins mit ihr wird, um so leichter wird der Kampf gegen die Feinde der Republik sein. Die rechtsstehenden Kreise wußten, was sie taten, als sie ihren alten Namen ablegten; es war nicht nur Feigheit, nicht nur Verleugnung der Vergangenheit, sondern es war auch die Erkenntnis, daß der Konservatismus, d. h. die Erhaltung des Alten, in der Gegenwart nichts mehr zu suchen habe. Die Aufgabe aller Kreise ist es, diese Erkenntnis dem ganzen deutschen Volke einzuhämmern und ihm klar zu machen, daß die Deutschnationalen, solange sie Feinde der Republik sind, ihren Namen nur zum Hohn tragen. Wenn überhaupt die Redewendung von der Einheitsfront irgend eine Berechtigung hat, so muß die Einheitsfront alle auf dem Boden der Republik stehenden Kreise gegen die deutschnationalen Marodeure der Republik gefordert werden.

Arbeiter als Schöffen und Geschworene.

Einer soeben vom preußischen Justizminister erlassenen allgemeinen Verfügung, betreffend die Heranziehung von Arbeitern zum Schöffen- und Geschwornenamte, entnehmen die „P. P. N." Folgendes, das für die Oeffentlichkeit von größerem Interesse ist:

„Durch die Verordnung vom 12. Juli ist mit Wirkung vom 17. August an das Tagegeld für Schöffen und Geschworene auf 30 Mark, die Uebernachtungszulage auf 20 Mark erhöht worden. Die Erhöhung soll, wie in der Vorlage an den Reichsrat hervorgehoben ist, dem Zwecke dienen, allen Kreisen der Bevölkerung, insbesondere auch der Arbeiterschaft mehr als bisher die Teilnahme an der Rechtsprechung zu ermöglichen.

Daß Arbeiter- und ihnen gleichstehende Personenkreise in weitem Umfange zu dem Amte eines Schöffen und Geschworenen herangezogen werden, ist nicht nur deshalb wichtig, damit das Gefühl der Zurücksetzung in dieser Beziehung verschwinde, sondern es würde dadurch auch bewirkt werden, daß den Teilen der Bevölkerung, die heute der Rechtsprechung in Strafsachen fremd, wenn nicht mißtrauisch gegenüberstehen, mehr als bisher ein Einblick in die Strafrechtspflege gewährt und so ein gerechtes Urteil über das Wirken der Strafgerichte vermittelt, zugleich aber auch ein tieferes Interesse und Verständnis für die Aufgaben der Strafrechtspflege geweckt wird. Das Mißtrauen der Arbeiter gegenüber den Strafgerichten wird um so eher schwinden, je mehr sie Leute aus ihren eigenen Reihen auf den Bänken der Schöffen und Geschworenen sehen. Schließlich wird es auch der Tätigkeit der Strafgerichte selbst zu einem wesentlichen Nutzen gereichen, wenn Angehörige der Arbeiterschaft in den Strafgerichten die Gesichtspunkte zur Geltung bringen, von denen aus die Arbeiterschaft die Geschehnisse des täglichen Lebens betrachtet.

Aufgabe aller bei der Auswahl der Schöffen und Geschworenen mitwirkenden Stellen wird es sein, diesen Erwägungen Rechnung zu tragen.

Der preußische Minister des Innern hat auf Anregung des Justizministers hin an die Verwaltungsbeamten, die im Ausschuß an der Auswahl der Schöffen und Geschworenen teilnehmen, die Weisung ergehen lassen, im Sinne einer gleichmäßigen Verteilung der Schöffen und Geschworenen auf alle Bevölkerungsschichten, insbesondere auf die Arbeiterschaft, hinzuwirken."

Die Ueberlastung des deutschen Volkes.

Ein Gutachten J. M. Keynes.

In der „D. A. Z." stellt J. M. Keynes, der Verfasser der bekannten Schrift über die Unmöglichkeit der ursprünglichen Reparationsforderungen des Versailler Vertrages, beachtenswerte Betrachtungen über die Wirkungen des Ultimatums an. Keynes hält auf Grund nüchterner Erwägungen auch das Ultimatum in seiner jetzigen Form für unerfüllbar, er meint, daß Deutschland zwar die nächsten Raten werde aufbringen können, daß aber an einem bestimmten Zeitpunkte, der zwischen Februar und August 1922 liegen muß, Deutschland der unvermeidlich eintretenden Zahlungsunfähigkeit erliegen werde. Ein Aufschub ließe sich höchstens noch erzielen, wenn das augenblicklich noch beschlagnahmte deutsche Eigentum in den Vereinigten Staaten frei würde. Für die Dauer würde aber auch das nutzlos sein.

Keynes kommt zu diesem Resultat von drei verschiedenen Standpunkten aus. Einmal vom Standpunkt der deutschen Handelsbilanz. Bei einem Export in Höhe von sechs Milliarden Goldmark könne Deutschland seine Einfuhr nicht in dem Maße vermindern, daß ein Ueberschuß von 3½ Milliarden herauskommt. Der zweite Gesichtspunkt ist der des Staatshaushalts. Nach dem heutigen Kurse würde die jährliche Reparationsleistung Deutschlands 70 Milliarden Papiermark betragen. Das deutsche Budget weise aber an Einnahmen nur 59 Milliarden, an Ausgaben, abgesehen von den Reparationen, 92,5 Milliarden Papiermark auf. Die Reparationen würden also mehr als die ganzen Staatseinnahmen verschlingen. Aus dem Staatshaushalt sei eine Deckung für die Reparation aber nicht eher zu erwarten, bevor nicht **die Ausgaben um die Hälfte vermindert und die Einnahmen verdoppelt** worden sind. Das hielte aber niemand für möglich.

Der dritte Gesichtspunkt, unter dem Keynes das Problem betrachtet, ist die Zahlungsunfähigkeit der deutschen Volksmassen. Hier wollen wir seine Berechnung im Wortlaut anführen:

Die Gesamtlast beträgt, da die deutsche Bevölkerung jetzt gegen 60 Millionen zählt, 1250 Mk. für jeden Deutschen, Mann, Weib und Kind. Auf der Brüsseler Konferenz wurde das deutsche Einkommen für den Kopf der Bevölkerung auf 3900 Papiermark geschätzt. Diese Ziffer blieb wahrscheinlich hinter den tatsächlichen Verhältnissen zurück. Infolge des weiteren Wertschwundes der Mark ist sie auch sicherlich heute zu tief gegriffen. Die Ansetzung eines Einkommens von 5000 Papiermark für den Kopf der deutschen Bevölkerung würde eher das Richtige treffen. Auf dieser Grundlage berechnet, betragen die Reparationslasten den vierten Teil des deutschen Nationaleinkommens. Wenn sich Deutschland auch die größte Sparsamkeit auferlegte und so weit ginge, selbst die Kriegsanleihen nicht mehr einzulösen und die Zahlung der Kriegsrenten einzustellen, so könnten die Kosten für die lokale sowohl wie für die zentrale Verwaltung Deutschlands kaum mehr als auf 1000 Papiermark für den Kopf herabgedrückt werden. Sie würden dann insgesamt 60 Milliarden betragen, eine Summe, die an die jetzige Ausgabeziffer noch lange nicht heranreicht. Auf diese Weise würden **45 Prozent des deutschen Einkommens für die Steuern verausgabt** werden. Zwar könnte ein reiches Volk unter gewissen Umständen eine solche Last tragen. Aber man vergesse nicht — das oben von mir angesetzte Jahreseinkommen von 5000 Papiermark für den Kopf der Bevölkerung kommt nach dem heutigen Valutastand 17 Pfund Sterling und in bezug auf seine Kaufkraft innerhalb der deutschen Grenze 35 Pfund Sterling gleich. Das bedeutet aber so viel, daß nach Abzug der Steuern das wöchentliche Durchschnittseinkommen auf den Kopf der Bevölkerung nach englischen Verhältnissen nur eine Kaufkraft von 7 Schilling (7 Goldmark. Red. d. V.) besitzen würde. Wenn man Deutschland eine Frist bewilligte, so würde sein Einkommen und damit auch seine Zahlungsfähigkeit wachsen, aber bei den gegenwärtigen Lasten, die das Sparen vollständig ausschließen, ist ein allgemeines Sinken der Lebenshaltung viel wahrscheinlicher. Wäre es nun, so frage ich, **den Polizei- und Steuerbeamten irgend einer Regierung, die die Geschichte kennen, möglich gewesen, die Hälfte seines Einkommens aus einem Volke herauszupressen, das sich in einer solchen Lage befindet, wie das deutsche?** Und **doch habe ich mich in der Schätzung der Werte ganz besonderer Mäßigung befleißigt. Denn die gegenwärtigen Kosten für die Staatsverwaltung samt den Ausgaben für die Reparationsansprüche für 1922 ergeben für den Kopf der Bevölkerung 3200 Papiermark, während nach den letzten deutschen Statistiken das Einkommen des deutschen Volkes i mDurchschnitt 4500 Mk. beträgt. Dann kämen wir zu dem Ergebnis, daß nicht etwa nur die Hälfte, sondern gut zwei Drittel dieses Einkommens für die Reparation beansprucht werden.** Die erste Schlußfolgerung, die ich ziehe, ist also die, daß das neue Abkommen über die Reparationen zwar dem deutschen Volke eine Atempause bis 1922 gestattet; trotzdem bietet es ebenso wie seine Vorgänger keine Möglichkeit für eine dauernde Besserung.

Der Artikel Keynes' sagt uns Deutschen insofern nichts Neues, als jeder Politiker in Deutschland weiß, daß aus laufenden Einnahmen oder Erträgnissen die Reparationsforderungen nicht gedeckt werden können. Die Sozialdemokratie verlangt daher den Rückgriff auf die Substanz des Vermögens, die Erfassung der Goldwerte. Da Keynes noch weitere Artikel ankündigt, so ist zu erwarten, daß er sich auch mit dieser Frage beschäftigen wird.

Jedenfalls ist heute so viel zu sagen: Die Darlegungen Keynes' bieten eine wertvolle moralische Stütze für ein Deutschland, dessen Kraft beim besten Willen, seinen Verpflichtungen nachzukommen, erlahmt. Keinen Nutzen dagegen würden wir von diesen Ausführungen haben, wenn wir es machten, wie der Deutschnationale Edler v. Braun, der von vornherein den Willen zur Erfüllung verwirft. In der deutschnationalen Presse scheint man die Ausführungen Keynes' bereits dahin auswerten zu wollen, daß man der Bevölkerung zuruft: „Weshalb sucht ihr überhaupt zu erfüllen, wenn euch sogar ein Engländer sagt, daß ihr gar nicht erfüllen könnt?" Ein entsprechendes Verhalten würde nur zur Folge haben, daß die Nichterfüllung auf der Gegenseite wieder dem bösen Willen Deutschlands zur Last gelegt würde. Nur wenn unwiderleglich feststeht, daß Deutschland jedes, aber auch jedes Mittel versucht, um seinen Verpflichtungen gerecht zu werden, nur dann wird die Stimme eines Keynes auch bei seinen eigenen Landsleuten gehört werden.

Volkswirtschaft.

Folgen der Friedensdiktate.

Die willkürliche Weltverschandelung durch die Friedensdiktate von Versailles, St. Germain, Trianon usw. haben die Weltwirtschaft nach allen Richtungen zerfetzt und gelähmt. Der Frieden ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln geworden. Sehr schwer bekommen das die Valutastärksten der Sieger zu spüren. Sie können mit ihren wahnsinnigen Unkosten nicht mehr an den kaufschwachen Weltmarkt heran. Je höher die Valuta, desto stärker die wirtschaftliche Lähmung. England zählt ohne die Kurzarbeiter 2½ Millionen Arbeitslose, und Amerika nach den soeben veröffentlichten Angaben des Sekretärs des Arbeitsamts sogar 5 785 000 Beschäftigungslose.

Wirtschaft oder Finanzen?

In einem Artikel über die „Rache der Goldwerte" an den Steuerplänen der Reichsregierung schreibt Dr. Felix Pinner im „Berl. Tagebl.":

In früheren Stadien der Steuergesetzgebung haben Wortführer der produzierenden Schichten oft gesagt, erst müsse man der Wirtschaft die Möglichkeit geben, zu gesunden, und dann sei es Zeit, an die Finanzen zu denken. Nun die Wirtschaft, wenigstens die Privatwirtschaft, hat sich inzwischen ziemlich gesund gemacht, aber sie sträubt sich mehr denn je, den Finanzen zu geben, was der Finanzen ist. Nunmehr heißt es, die erzielten Riesengewinne seien ja nur Papiergewinne, und auf den zurückgegangenen Geldwert müsse bei Bemessung der Abschreibungen, Rücklagen und Dividenden Rücksicht genommen werden. Diese Hinweise entbehren bis zu einem gewissen Grade nicht der Berechtigung, aber eben das zeigt, daß der Grundsatz: Erst die Wirtschaft, dann die Finanzen doch sein Bedenkliches hat. Eine Steuerreform, die den **Staatshaushalt nicht balanziert** und der Inflation große Löcher offen läßt, **wird niemals stabile Geldwerts-, Wirtschafts- und Steuerverhältnisse schaffen** und den Kampf zwischen der Wirtschaft und den ausübenden Steuerorganen in Permanenz erklären."

Dieses Urteil eines bürgerlichen Finanzpolitikers belegt unsere Auffassung, daß gerade vom Standpunkt der Wirtschaftspolitik eine Ordnung der Finanzen sobald und soweit als nur irgend möglich erforderlich ist.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 22. August.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		22. August.	20. August.
Holland	100 fl.	2762.50	2660.—
Kopenhagen	100 Kr.	1480.—	1417.50
Stockholm	100 Kr.	1912.50	1830.—
Kristiania	100 Kr.	1187.50	1125.—
Helsingfors	100 finn. Mk.	131.50	128.—
Schweiz	100 Frs.	1512.35	1432.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	10.75	10.75
Budapest	100 K.	23.—	23.75
Prag	100 K.	103.—	102.75
Spanien	100 Peselas	1155.—	1115.—
London	1 £	327.50	314.—
Paris	100 Frs.	691.—	665.—
Belgien	100 Frs.	677.—	652.—
Italien	100 Lire	383.—	372.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	89.50	86.—
do. briefl. Ausz. od. Scheck		89.37	86.—
Bukarest	100 Lei	—.—	105.50

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 22. August 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Std.
D.		Dbra	Klingenberg	Skien	1	3/4

Angekommen am 23. August 1921.

D.		Torneo	Blomquist	Helsingfors	3	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für den übrigen Teil August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Nach langjährigem Leiden entschlief sanft heute Mittag 1 Uhr unser einzig geliebter Sohn und Bruder

Helmuth Assel.

im Alter von 17 Jahren.

Tief betrauert von seinen Angehörigen.

Johs. Assel und Frau geb. **Jörgensen.**
Luise Assel.

Lübeck, 22. August 1921. (5546

Nach längerem, schwerem Leiden verstarb im blühenden Mannesalter unser treuer Mitarbeiter

August Harms.

Wir werden dem zu früh Dahingeschiedenen stets ein gutes Andenken bewahren. (5574

H. F. Boldt
sowie die Angestellten und Arbeiter der Firma.

Sozialdemokr. Verein.

Unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Genosse (5553

August Harms

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag, dem 25. August, nachm. 3¾ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Lübeck.

Nachruf.

Am Sonntag, dem 21. August, verstarb unser langjähriges Mitglied, der Lastadiearbeiter

August Harms.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 25. August, nachmittags 3¾ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt. (5573

Sammelplatz der Kollegen um 3¼ Uhr daselbst.

Die Ortsverwaltung.

Verein Fritz Reuter
Lübeck.

Uns Fründ'n tau Nahricht, dat an'n Sündag, d. 21. Aug. uns leew Fründ un Sangesbroder (5557

August Harms

storb'n is.

Wi verlier'n in Em een'n gauden trugen Fründ. Begraben ward hei an'n Dunnersdag, d. 25. Aug., Klock ¾4 up'n Börwarker Kirchhof. De Fründ'n versammeln sick Klock 3¼ in'n Feldkrog.

De Vorstand.

---

1 Hausdienerjacke zu verk. 5569) Teichstraße 8a, I.

---

1 elektr. Batteriebeleuchtung zu verk. Töpferweg 72, pt. (5552

---

1 gut erhalt. Sitz- u. Liegewagen (Brennabor) zu verk. 5551) Gr. Gröpelgrube 35, I.

Ein Plüschsofa zu verkaufen 5544) Untertrave 104, III. Z. b. Hausmeister.

---

2 Bienenvölker (Korb) z. vk. 5547) Heimstätten 23.

---

1 f. n. schw. Damentuchmtl., 1 R. D.-Stief. 38 u. Bluse z. verk. (5567) Chasotstr. 24 II.

Billig z. v. 1 geb. Sofa. 5570) Einsiedelstr. 28, I.

G. erh. Kindersportw. z. v. 5564) Gr. Gröpelgr. 17, II.

Die ausgesprochene Beleidigung am 20. Aug. 1921 **Frl. Schwarz** gegenüber nehme ich als unbegründet zurück. (5566

Otto Peil.

Hans Blöcker
Ella Blöcker
geb. Wegner
Vermählte. (5543
Lübeck, 20. August 1921.
Für die vielen Gratulationen und Geschenke danken herzlich. D. O.

Für die viel. Gratulationen u. Geschenke zu uns. Hochzeit danken wir herzlich.
Franz Peters und Frau, **Amanda** geb. **Brickmann.**
5563) Füchtingstr. 29, I.

Gesucht zu sogleich oder zum 1. Sept. ein jüngeres Mädchen. Kl. Altefähre 1. (5550

Einf. Logis f. jung. Mann gesucht. Ang. unt. R S an die Exped. d. Bl. (5571

Möchte m. 2-Z.-Wohnung (Stadt) geg. 2- od. 3-Z.-W. (Holstent.) tauschen. Ang. u. B B a. d. Exp. (5554

Enten zu verkaufen. (5549 Schwartauer Allee 123a.

Ferkel und Zugänger sind billig zu verkauf.
J. Klüwer, (5568
Schwartauer Allee 133.

Damen-Winter-Mantel zu kauf. ges. Ang. u. L S a. d. Exp. (5548

Mk. 3000 gegen hohe Zinsen und monatl. Abzahl. ges. (5542 Ang. u. M G a. d. Exped.

Gesucht zu sofort oder 1. Oktober eine Hypothek von 4—5000 Mk. Angeb. unter H W an die Exp. d. Bl. (5560

Verloren 5550

am Montag abend, wahrscheinlich in d. Gr. Burgstr., **zwei Schlüsselbunde.** Gegen gute Belohnung abzugeben. Fischergrube 60, I.

Zugel. e. schw. Hund, geg. Erst. d. Unkost. abzuh. (5555 C. Bagert, Herrenwyk b. Lübeck, Werftstr. 35.

Schlafzimmer, Korbsessel, Worbsweder Möbel 5565

billigst u. in bester Qualität.

Fischstr. 21.

Die Abtreibung der Leibesfrucht
von Univ.-Professoren
Wichtig für Eheleute, Aerzte und Hebammen!
Preis M. 2.—

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Die neuen Postgebühren
— 50 Pfg. —
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Soeben eingetroffen:

2 Waggon Tilsiter Käse

darunter

1 Waggon, 10 000 Pfd., garantiert feinster Vollfettkäse

pro Pfd. 9, 10 u. 12 Mk. Verkauf ab Lager Gr. Burgstr. 48.

Achtung! Für Großhändler, Wiederverkäufer usw. bleibt mein Kontor diese Woche bis 8 Uhr abends geöffnet. (5565

Max Pauls
Käsegroßhandlung. Lübeck. Telephon 3724.

Von einem Reichskleiderlager

erhielt ich zum Verkauf:

Kinderstrümpfe,	grau, Gr. 7, 8, 9, Paar	4.95
Kinderstrümpfe,	schwarz, Gr. 3—9, Paar	5.90
Buckskin-Hosen,	Serie I, jede Hose	29.50
„	Serie II, „ „	39.50
Gestr. Drell-Hosen	„ „	55.00
Einzelne Jacketts	für Herren auf Futter	59.50
„ „	bessere, f. Herren auf Futter	89.50
Herren-Ulster	zum Aussuchen	75.00
1 Posten Sweater	Mk. 10.95, 10.45, 9.95, 9.45,	8.95
1 „ Anzüge	auf Futter, 3teilig	187.00
1 Posten graue Unterhosen		9.90
1 „ „ „		5.90
1 „ pa. graue „	unverwüstl.	19.50
1 Posten reinwoll. Kopftücher	Stck.	3.50
1 „ „ „	größere, Stück	10.00

Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, daß in nächster Zeit wiederum ein Posten Herren-Anzüge, Ulster und große Mengen Baumwoll-Waren eintreffen.

Johannes Holst
Lübeck, (5561
Markt 6. Kohlmarkt 6.

Gegen Wanzen, Flöh' u. Läuse

Nimmt **Riesolda** nur der Weise:
Augenblicklich wird gesund
Tier u. Mensch u. Katz' u. Hund:

In ½ Stunde vernichten Sie unter **Garantie Kopf-, Filz- und Kleider-Läuse** sow. Brut (Niss.) **Wanzen, Flöhe** b. Mensch. u. Tier **„Riesolda“**, g. gesch. Mitt. Wund. unsch. Verk. nur: **Heinr. Wiese.** Aegidienstr. 4. Preis **5** und **7.50** Mk. (5545

5541

NEU! NEU!

Das neue Lohnsteuergesetz

(Einkommensteuer vom Arbeitslohn)
Dargestellt und erläutert von **Wilhelm Keil.**
Preis Mk. 2.50.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung des Lübecker Volksboten.

Haltbare Hosenträger
Herrenwäsche
Krawatten 5581
in großer Auswahl.
Papier-Wäsche
(Mey & Edlich) zu Fabrikpreis.
Aug. Janensch
Sandstraße 6.

Gebt Obdach den Wohnungslosen!

Zwei Vorschläge
zur Gewinnung der Mittel zum Wohnungsbau
von Rechtsanwalt
Hermann Brehmer, Lübeck
und
Dr. Ludwig Herpel, Kiel.
Preis 1.50 Mk.

Eine Nachschrift:
75 Prozent Aufschlag zum Mietspreis sind rechtsungültig!

Zu haben: (13005
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co. Johannisstr. 46
und allen anderen Buchhandlungen.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

3575

Lest den

Lübecker Volksboten

und werbt unablässig für ihn.

Kolosseum

Jeden Mittwoch und Sonnabend Anfang 6 Uhr.
Heinrich Ohde.

Ball

5538)

Luisenlust u. Mittwoch Sonnabend: **Tanz.**
5539) Damen Eintritt frei.

Achtung, Bauarbeiter!

Achtet auf die Bekanntgabe (4948

der Rasierstuben, die bewilligt haben und der fliegenden Rasierstuben.

Es ist Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters, den Friseuren und Friseusen in ihrem Kampfe um ihr Dasein zu unterstützen. **Der Vorstand.**

Privatdrucksachen
gewinnen in der heutigen Zeit immer mehr an Bedeutung.

Glückwunschkarten
Hochzeitseinladungen
Verlobungsanzeigen
Danksagungen
Visites

fertigen wir in kürzester Zeit geschmackvoll zu angemessenen Preisen an

Lübecker Volksbote
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.
Geschäftszeit von 8—6 Uhr.

Leder-Sohlen
im Ausschnitt
billig
50 Hüxstraße 50
(a4818

Achtung!
Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.

Am Mittwoch, d. 24. Aug. abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus
findet der
4. Vortragsabend
des Kollegen
Scheibel-Hamburg
statt.
Thema: **Die moderne Arbeitspsychologie.**
Um zahlreiche Beteiligung der Baudelegierten und Mitglieder wird gebeten.
5558) **Der Vorstand.**

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.

Betriebsräte und Vertrauensleute
Mittwoch abend 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.
5572) Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater
8 Uhr. Täglich 8 Uhr.
erstklassige Varieté-Vorstellung
mit den erstklassigen
Spezialitäten. 5562

Stadttheater Lübeck.
Dienstag, 23. Aug., 7.30 U.: **Sommernachtstraum.**
4. Abonn.-Vorst. Bchst. D.
Mittwoch, 24. Aug., 7.30 U. **Der Maskenball.**
4. Abonn.-Vorst. Bchst. D.
Donnerstag, 25. Aug. 7 Uhr. **Wallensteins Lager, Die Piccolomini 1. Teil.**
4. Ab.-Vorst. Bchst. D.
Freitag, 26. Aug. 7.30 Uhr. **Cavalleria rusticana,** (5556
hierauf: **Der Bajazzo.**
4. Ab.-Vorst. Bchst. D.

Beilage zu Nr. 196
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Dienstag, den 23. August 1921

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 23. August.

Die monarchische Demonstration.

Von der Wasserkante wird dem „Vorwärts" geschrieben: In Lübeck ist Reichskriegerwoche und in Scharen haben sich die Kriegervereinspräsidenten eingefunden, mit Orden und Regenschirmen geschmückt. Aus dem Munde abgetakelter Generäle klingts von „großen Aufgaben, Treue zum angestammten Herrscherhaus", Bier, Wein und Schlagsahne fließen, und auf den Straßen wird inzwischen für die notleidenden Krieger gesammelt. Dazu wehen in den Seestädten die schwarz-weiß-roten Fahnen und die Kriegsgewinnler, Schieber und Wucherer schreien Hurra, rufen Revanche und schimpfen auf die Republik, die ihnen durch neue Steuern den Geldbeutel erleichtern will. Pferderennen, bei denen die Offiziere in Friedensuniform Parade reiten, Yachtklubs, Automobile und tägliche Ansammen für Vergnügungen und Spiel sollen in den Seebädern den anwesenden Ausländern zeigen, daß Deutschland im Elend steckt und sich den Kopf zerbricht, wie es seine Auslandsschulden bezahlen kann.

Daß im dritten Jahre der Republik die Arbeiter und die Säuglinge reihenweise durch Tuberkulose und Unterernährung hingemäht werden, während die Urheber des deutschen Elends rauschende Feste feiern, ist nun einmal Tatsache. Daß aber der bankerotte Staat und **die Steuergroschen der Armen helfen müssen, den monarchistischen Rummel zu unterstützen,** darüber sollte man einmal auf den Tisch des Reichstages schlagen. Man sollte die Regierungen fragen, wer den **staatlichen Bahnhof in Lübeck mit Hunderten von monarchistischen Fahnen geschmückt hat?** (Hier ist dem Berichterstatter ein Irrtum unterlaufen: der Bahnhof ist nicht staatlich. Red. d. L. V.) **Wer der Reichswehr erlaubt hat, eine Regimentsmusik vom Reichswehrregiment 6** auf einen Vergnügungsdampfer zu stellen, auf dem der **General v. Heeringen mit dem Kriegerverein die Küste abfährt, um monarchistische Demonstrationen zu veranstalten? Wer den Soldaten der Republik die schwarz-weiß-roten Bänder angeheftet** und wer ihnen befohlen hat, **„Heil Dir im Siegerkranz" zu spielen?** Man sollte ferner fragen: Wer dem Schiff „Panther" von der Reichsmarine gestattet hat, den Veranstaltern und Leitern der monarchistischen Demonstration im Hafen von Travemünde **Ehrenbezeugungen und offizielle Begrüßungen zu erweisen,** wer den Kapitänleutnant und Kommandanten des „Panther" ermächtigt hat, die Monarchisten und den alten General **offiziell und in Galauniform willkommen zu heißen** und von wessen Geld das Ostseeflottenkommando die „Deutsche Zeitung" bezahlt, die in den **Leseräumen der Schiffe den Matrosen aufgezwungen wird, während man vergebens nach einem bürgerlich-demokratischen, geschweige nach einem sozialdemokratischen Blatt sucht?**

*

Eine Versammlung des Bürgerausschusses findet Mittwoch, nachm. 5⅔ Uhr, im Roten Saale des Rathauses statt.

Zur kommenden Bürgerschaftswahl nahm der Deutsche Gewerkschaftsbund in einer am Donnerstag im Hotel Union abgehaltenen Tagung folgende Entschließung an: „Die am 18. August im Hotel Union versammelten Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsverband Lübeck, erklären einstimmig, daß die christlich-nationale Arbeitnehmerschaft eine ausreichende Vertretung in der Bürgerschaft verlangt. Zu diesem Zwecke fordern sie die Mitglieder auf, von den politischen Parteien die Aufstellung von Kandidaten aus Arbeitnehmerkreisen an aussichtsreicher Stelle zu verlangen. Sie erwarten aber auch von jedem Mitgliede, daß es seine Pflicht als Wähler tut." — Die christlich-nationale Arbeitnehmerschaft wendet sich also an die politischen Parteien, um ihre „Arbeiterkandidaten" in die Bürgerschaft zu bringen. Da der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband im Deutschen Gewerkschaftsbund tonangebend ist, so weiß man ungefähr, welche politische Parteien in Frage kommen. Es ist wahrscheinlich, daß solch ein „Arbeiterkandidat" als Reklameschild ausgehängt wird; wie er aber in solchen Parteien die Interessen der Arbeitnehmer vertreten soll, scheint uns doch ein großes Kunststück zu sein. Der Bürgerbund, diese Vereinigung für jedermann, scheint mit seinem Liebeswerben auch bei den Christlich-Nationalen wenig Glück zu haben. — Für unsere Genossen muß das Vorgehen des Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Ansporn sein, mehr als bisher für die Sozialdemokratie zu wirken.

In der vorerwähnten Versammlung wurde ferner eine Entschließung angenommen, die sich gegen die Bewilligung der 10 000 Mark an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund seitens der Bürgerschaft wendet. Es heißt darin zum Schluß: „Einer Volksvertretung, die in derart einseitiger, rein politischer Weise Entschlüsse faßt, können die Versammelten kein Vertrauen entgegenbringen." — Die Entrüstung kommt reichlich spät bei jenen Herrschaften. Als man früher in einseitiger Weise Gelder für bürgerliche Vereinigungen und bürgerliche Veranstaltungen bewilligte, hat man in jenen Kreisen nie etwas von Entrüstung gehört. Uebrigens ist das Geld der Volkshochschule zur Ausbildung der Betriebsräte zur Verfügung gestellt worden. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund verlangt nur, daß die Mittel im Einvernehmen mit der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verwandt werden. Es besteht also gar kein Zweifel, daß die Mittel im Interesse der Allgemeinheit verwandt werden.

Eine Sitzung des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fand am Freitag, dem 19. August, im Gewerkschaftshaus statt. Genosse Nupnau hielt einen Vortrag über das Genossenschaftswesen. Zu den bestehenden Genossenschaften, Konsumverein und Genossenschaftsbäckerei, sei in letzter Zeit eine weitere, die Arbeitsbaugenossenschaft hinzugekommen. Redner schildert eingehend die Ziele derselben. So wie die Gewerkschaften sich durchgerungen haben, muß sich auch die Arbeitsbaugenossenschaft durchsetzen. Notwendig sei, daß immer mehr Genossen Mitglied werden. Bis jetzt sind 1789 Mitglieder zu verzeichnen. Besonders die Bauarbeiter stehen teilweise der Genossenschaft noch fern. Hätten diese sich mehr der Genossenschaft zur Verfügung gestellt, so könnte größeres geleistet werden. Um allen Anforderungen entsprechen zu können, sei die Gründung einer Bank auf zentraler Grundlage notwendig. — Nach erfolgter Aussprache, die sich im Sinne des Referenten bewegte, fand eine Resolution einstimmig Annahme, die den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ersucht, die Gründung einer Bank in die Wege zu leiten. — Der Gen. H. Puls gab sodann einen Bericht der Gewerkschaftshauskommission. Sieben Sitzungen seien abgehalten. Es sei ein Vertrag mit dem Gen. Thies abgeschlossen, ebenfalls ein Tarifvertrag mit den Gastwirtsgehilfen. Vor allen Dingen hätte die Kommission sich mit der Frage beschäftigt, ob der Kauf des Gewerkschaftshauses im Interesse der Gewerkschaften liege. Verhandlungen mit der Genossenschaftsbäckerei seien gepflogen. Der geforderte Preis sei ein solcher, daß die Kommission den Kauf empfehle. Eine lebhafte Aussprache folgte dem Bericht. Beschlossen wurde, zunächst die Sache in den einzelnen Gewerkschaften zu besprechen, und in der nächsten Sitzung des Ortsausschusses einen Beschluß zu fassen. Beschlossen wurde ferner, für die streikenden Friseure und Friseusen ein Umlageverfahren bei allen Gewerkschaften vorzunehmen. — Eine Eingabe zwecks Zusammenlegung der Bibliotheken wurde dem Vorstand des Ortsausschusses zur weiteren Bearbeitung überwiesen. — Es fehlten die Vertreter von 9 Gewerkschaften. W. G.

Gegen das Notgeld. Die Reichsregierung hat an die Länder ein Schreiben gerichtet mit dem Ersuchen, in Zukunft die Ausprägung und das Drucken von Notgeld durch die Handelskammern, Gemeinden usw. zu verhindern und dafür zu sorgen, daß das noch vorhandene Notgeld möglichst eingeschränkt wird. Der Reichsregierung ist es gelungen, die Ausprägungsarbeit der Münzstätten außerordentlich zu steigern, so daß die Kleingeldnot bereits erheblich nachgelassen hat. Durch weitere Ausprägungen hofft man, sie bald beheben zu können. — In einigen Orten ist man bereits gegen das Notgeld vorgegangen. So wird aus Oldenburg berichtet: Die von der Handelskammer ausgegebene Notgeldserie, welche vom Staatsministerium nicht genehmigt war, an die sich dann die Beschlagnahme knüpfte, die durch Gerichtsbeschluß aufgehoben ist, führte weiter zu einem Strafverfahren gegen die Unterzeichner des Notgeldes. Nach einer zwischen den Vertretern des Staatsministeriums und der Handelskammer stattgefundenen Aussprache ist von der weiteren Verfolgung der Strafsache abgesehen worden.

Die Alarmierung der Feuerwehr erfolgte Montag abend zweimal. Zunächst wurde die Wehr nach der Lachswehr Allee und später nach der Mengstraße gerufen. In beiden Fällen handelt es sich um einen blinden Alarm, da die Feuermelder von Unfug treibenden Personen gezogen worden waren. Zur Verhinderung dieses gefährlichen Unfugs sollten alle Personen mitarbeiten.

Ein kleiner Brand war Montag nachmittag gegen 2 Uhr im Wesloer Gehölz unweit der Schießstände ausgebrochen. Ein Wachtmeister der Sicherheits-Polizei, der das Feuer rechtzeitig bemerkte, nahm mit Hilfe einiger im Walde herumstreifender Knaben sofort die Bekämpfung auf. Auch die Schüler der Waldschule wurden herbeigeholt, die mit Schaufeln und Spaten an der Eindämmung des Feuers sich beteiligten. Es gelang denn auch nach einigen Stunden das Feuer zu ersticken. Erheblicher Schaden ist nicht erstanden. Außer einigen leicht angekohlten Tannen ist nur Buschwerk und Moos verbrannt.

Zum Steuerabzug. Es können nunmehr die für minderjährige Kinder beim Steuerabzug vorgesehenen Ermäßigungen auf Antrag auch für sonstige mittellose Angehörige, die vom Steuerpflichtigen unterhalten werden, gewährt werden. Ueber den Antrag entscheidet das Finanzamt des Arbeitnehmers, das diesem im Bewilligungsfalle eine Bescheinigung über die zulässige weitere Ermäßigung ausstellt. Nur auf diese hin darf der Arbeitgebern den weiteren Betrag von je 6 Mk. täglich bezw. 36 Mk. wöchentlich bezw. 150 Mk. monatlich abzugsfrei lassen. (Der Steuerabzug ermäßigt sich also um 0,60 Mk. bezw. 3,60 Mk. bezw. 15 Mk.)

Stadttheater. Dienstag gelangt noch einmal zur Wiederholung der Sommernachtstraum. Letztes Gastspiel am Mittwoch von Phila Wolff, Hamburg, in Maskenball. Am Donnerstag letzmalig in dieser Spielzeit: Wallensteins Lager und die Piccolomini. Wir möchten besonders auf das Volkstümliche Konzert im Kolosseum am Donnerstag hinweisen. Solistin Fräulein Bruhn.

pb. **Diebstähle.** Aus einer Sommerwohnung im Fahlenkampsweg sind wahrscheinlich in der Nacht zum 16. d. M. mittels Einbruches gestohlen worden: 1 blaues Jackett, 1 graues Jackett und Hose, 3 wollene Decken, 1 Persennig, diverses Aluminiumgeschirr, 1 grünschwarzes Damenjackett und zirka 50 Zigarren. — In letzter Nacht wurden aus einem Hause der Overbeckstraße reichlich 200 Eier, 1 Schulterstück von 7—8 Pfd., 3 Mettwürste im Gewichte von zirka 4 Pfund, sowie 4 Pfund Butter gestohlen. — Diebe dragen gestern vormittag in die Wohnung eines Hauses in der Böttcherstraße und stahlen 1 schwarzen, viel gebrauchten Flauschmantel, 1 Cutaway mit gestreifter Hose, 1 blauen Sportanzug, 2 blaue Hosen, 1 blaues Lüsterjackett, 1 silberne Taschenuhr, 1 goldene ovale Vorsteckadel mit kleinen Brillanten in viereckiger Fassung. — Am Sonntag, dem 21. August, ist aus einem Parterrezimmer eines Hotels in Travemünde eine Platin-Gliederarmbanduhr mit Brillanten besetzt, gestohlen worden; der Wert der Uhr beträgt 25 000 Mk. Für die Wiederherbeischaffung der Uhr sind 5000 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 23. August morgens 6 Uhr 20½°; mittags 12 Uhr 20½° Celsius.

*

Schlutup. Die hiesige Krankenschwesterstation, welche durch Hergabe von Mitteln aller Kreise ins Leben gerufen wurde und seit dem 1. Januar bereits eine segensreiche Tätigkeit aufgenommen hat, wird, wie uns geschrieben wird, nicht in dem Umfange in Anspruch genommen, wie es wünschenswert wäre. Obwohl neben Schlutup noch Israelsdorf an diese Einrichtung angeschlossen ist, ist die Schwester bisher nicht vollbeschäftigt. Der Gesundheitszustand in beiden Orten dürfte zwar ein guter, aber trotzdem wird manche Krankenpflege notwendig sein. Wenigstens sind Fälle vorgekommen, wo die Schwester hätte segensreich wirken können; sie ist aber nicht gerufen worden. Grund unbekannt. Wir möchten hierbei nochmals ganz besonders auf die Einrichtung hinweisen und besonders betonen, daß die Krankenschwester zu jeder Zeit gerne kleine und größere Krankenpflegen völlig kostenlos übernimmt, sie muß aber gerufen werden, denn sie kann nicht irgendwo hingehen, wo man sie nicht wünscht.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Der Hamburger Wettkonzern „Hansa" ausgehoben. Die Staatsanwaltschaft hat das erst kürzlich gegründete „Sportbureau Hansa" (Hamburg, Hallerstraße 26) ausgehoben und 310 000 Mk. beschlagnahmt. Der Inhaber Ernst Müller, der sich angeblich zurzeit in Bremen aufhält, wohin er 90 000 Mk. mitgenommen hat, hatte seiner Kundschaft einen Gewinn von 125 Prozent in zwei Monaten versprochen. Die an dem Betrieb beteiligten Personen sind, außer Müller, festgenommen worden. — Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft die Beschlagnahme der Gelder und Bücher des Wettkonzerns

Kleider machen Leute.

Erzählung von Gottfried Keller.

4. Fortsetzung.

Mit ganz anderer Miene besah er sich die Stadt, als wenn er um Arbeit darin ausgegangen wäre. Dieselbe bestand größtenteils aus schönen, festgebauten Häusern, welche alle mit steinernen oder gemalten Sinnbildern geziert und mit einem Namen versehen waren. In diesen Benennungen war die Sitte der Jahrhunderte deutlich zu erkennen. Das Mittelalter spiegelte sich ab in den ältesten Häusern oder in den Neubauten, welche an deren Stelle getreten, aber den alten Namen behalten aus der Zeit der kriegerischen Schultheiße und der Märchen. Da hieß es: zum Schwert, zum Eisenhut, zum Harnisch, zur Armbrust, zum blauen Schild, zum Schweizerdegen, zum Ritter, zum Büchsenstein, zum Türken, zum Meerwunder, zum goldenen Drachen, zur Linde, zum Pilgerstab, zur Wasserfrau, zum Paradiesvogel, zum Granatbaum, zum Kämbel, zum Einhorn u. dgl. Die Zeit der Aufklärung und der Philanthropie war deutlich zu lesen in den moralischen Begriffen, welche in schönen Goldbuchstaben über den Haustüren erglänzten, wie: zur Eintracht, zur Redlichkeit, zur alten Unabhängigkeit, zur neuen Unabhängigkeit, zur Bürgertugend a, zur Bürgertugend b, zum Vertrauen, zur Liebe, zur Hoffnung, zum Wiedersehen 1 und 2, zum Frohsinn, zur inneren Rechtlichkeit, zur äußeren Rechtlichkeit, zum Landeswohl (ein reinliches Häuschen, in welchem hinter einem Kanarinkäfig, ganz mit Kresse behängt, eine freundliche alte Frau saß mit einer weißen Zipfelhaube und Garn haspelte); ein Haus hieß schauerlich: zum Tod! ein verwaschenes Gerippe erstreckte sich von unten bis oben zwischen den Fenstern; hier wohnte der Friedensrichter. Im Hause zur Geduld wohnte der Schuldenschreiber, ein ausgehungertes Jammerbild, da in dieser Stadt keiner dem anderen etwas schuldig blieb.

Endlich verkündete sich an den neuesten Häusern die Poesie der Fabrikanten, Bankiere und Spediteure und ihrer Nachahmer in den wohlklingenden Namen: Rosental, Morgental, Sonnenberg, Veilchenburg, Jugendgarten, Freudenberg, Henriettental, zur Camellia, Wilhelminenburg usw. Die an Frauennamen gehängten Täler und Burgen bedeuteten für den Kundigen immer ein schönes Weibergut.

An jeder Straßenecke stand ein alter Turm mit reichem Uhrwerk, buntem Dach und zierlich vergoldeter Windfahne. Diese Türme waren sorgfältig erhalten; denn die Goldacher erfreuten sich der Vergangenheit und der Gegenwart und taten auch recht daran. Die ganze Herrlichkeit war aber von der alten Ringmauer eingefaßt, welche, obwohl nichts mehr nütze, dennoch zum Schmucke beibehalten wurde, da sie ganz mit dichtem altem Efeu überwachsen war und so die kleine Stadt mit einem immergrünen Kranze umschloß.

Alles dies machte einen wunderbaren Eindruck auf Strapinski; er glaubte sich in einer anderen Welt zu befinden. Denn als er die Aufschriften der Häuser las, dergleichen er noch nicht gesehen, war er der Meinung, sie bezögen sich auf die besonderen Geheimnisse und Lebensweisen jedes Hauses und es sehe hinter jeder Haustüre wirklich so aus, wie die Ueberschrift angab, sodaß er in eine Art moralische Utopien hineingeraten wäre. So war er geneigt zu glauben, die wunderliche Aufnahme, welche er gefunden, hänge hiermit in Zusammenhang, so daß z. B. das Sinnbild der Wage, in welcher er wohnte, bedeute, daß dort das ungleiche Schicksal abgewogen und ausgeglichen und zuweilen ein reisender Schneider zum Grafen gemacht würde.

Er geriet auf seiner Wanderung auch vor das Tor, und wie er nun so über das freie Feld hinblickte, meldete sich zum letzten Male der pflichtgemäße Gedanke, seinen Weg unverweilt fortzusetzen. Die Sonne schien, die Straße war schön, fest, nicht zu trocken und auch nicht zu naß, zum Wandern wie gemacht. Reisegeld hatte er nun auch, so daß er angenehm einkehren konnte, wo er Lust dazu verspürte, und kein Hindernis war zu erspähen.

Da stand er nun, gleich dem Jüngling am Scheidewege, auf einer wirklichen Kreuzstraße; aus dem Lindenkranze, welche die Stadt umgab, stiegen gastliche Rauchsäulen, die goldenen Turmknöpfe funkelten lockend aus den Baumwipfeln; Glück, Genuß und Verschuldung; ein geheimnisvolles Schicksal winkte dort; von der Feldseite her aber glänzte die freie Ferne; Arbeit, Entbehrung, Armut, Dunkelheit harrten dort, aber auch ein gutes Gewissen und ein ruhiger Wandel; dieses fühlend, wollte er denn auch entschlossen ins Feld abschwenken. Im gleichen Augenblicke rollte ein rasches Fuhrwerk heran; es war das Fräulein von gestern, welches mit wehenden blauem Schleier ganz allein in einem schmucken leichten Fuhrwerke saß, ein schönes Pferd regierte und nach der Stadt fuhr. Sobald Strapinski nur an seine Mütze griff und dieselbe demütig vor seine Brust nahm in seiner Ueberraschung, verbeugte sich das Mädchen rasch errötend gegen ihn, aber überaus freundlich, und fuhr in großer Bewegung, das Pferd zum Galopp antreibend, davon.

Strapinski aber machte unwillkürlich ganze Wendung und kehrte getrost nach der Stadt zurück. Noch an demselben Tage galoppierte er auf dem besten Pferde der Stadt, an der Spitze einer ganzen Reitergesellschaft, durch die Allee, welche um die grüne Ringmauer führte, und die fallenden Blätter der Linden tanzten wie ein goldener Regen um sein verklärtes Haupt.

Nun war der Geist in ihn gefahren. Mit jedem Tage wandelte er sich, gleich einem Regenbogen, der zusehends bunter wird an der vorbrechenden Sonne. Er lernte in Stunden, in Augenblicken, was andere nicht in Jahren, da es in ihm steckt hatte, wie das Farbenwesen im Regentropfen. Er beachtete wohl die Sitten seiner Gastfreunde und bildete sie während des Beobachtens zu einem Neuen und Fremdartigen um; besonders suchte er abzulauschen, was sie eigentlich unter ihm dächten und was für ein Bild sie sich von ihm gemacht. Dies Bild arbeitete er weiter aus nach seinem eigenen Geschmacke, zur vergnüglichen Unterhaltung der einen, welche gern etwas Neues sehen wollten, und zur Bewunderung der anderen, besonders der Frauen, welche nach erbaulicher Anregung dürsteten. So ward er rasch zum Helden eines artigen Romanes, an welchem er gemeinsam mit der Stadt und liebevoll arbeitete, dessen Hauptbestandteil aber immer noch das Geheimnis war.

Bei alledem verlebte Strapinski, was er in seiner Dunkelheit früher nie gekannt, eine schlaflose Nacht um die andere, und es ist mit Tadel hervorzuheben, daß es ebensoviel die Furcht vor der Schande, als armer Schneider entdeckt zu werden und dazustehen, als das ehrliche Gewissen war, was ihm den Schlaf raubte. Sein angeborenes Bedürfnis, etwas Zierliches und Außergewöhnliches vorzustellen, wenn auch nur in der Wahl der Kleider, hatte ihn in diesen Konflikt geführt und brachte jetzt auch jene Furcht hervor, und sein Gewissen war nur insoweit mächtig, daß er beständig den Vorsatz nährte, bei guter Gelegenheit einen Grund zur Abreise zu finden und dann durch Lotteriespiel und dergleichen die Mittel zu gewinnen, aus geheimnisvoller Ferne zu vergüten, um was er die gastfreundlichen Goldacher gebracht hatte. Er ließ sich auch schon aus allen Städten, wo es Lotterien oder Agenten derselben gab, Lose kommen mit mehr oder weniger bescheidenem Einsatze, und die daraus entstehende Korrespondenz, der Empfang der Briefe wurde wiederum als ein Zeichen wichtiger Beziehungen und Verhältnisse vermerkt.

Schon hatte er mehr als einmal ein paar Gulden gewonnen und dieselben sofort wieder zum Erwerb neuer Lose verwendet, als er eines Tages von einem fremden Kollekteur, der sich aber Bankier nannte, eine namhafte Summe empfing, welche hinreichte, jenen Rettungsgedanken auszuführen. Er war bereits nicht mehr erstaunt über sein Glück, das sich von selbst zu verstehen schien, fühlte sich aber doch erleichtert und besonders dem guten Wagenwirt gegenüber beruhigt, welchen er seines guten Essens wegen sehr wohl leiden mochte. Anstatt aber kurz abzubinden, seine Schulden zu bezahlen und abzureisen, gedachte er, wie er sich vorgenommen, eine kurze Geschäftsreise vorzugeben, dann aber von irgendeiner großen Stadt aus zu melden, daß das unerbittliche Schicksal ihm verbiete, je wiederzukehren, dabei wollte er seinen Verbindlichkeiten nachkommen, ein gutes Andenken hinterlassen und seinem Schneiderberufe sich aufs neue und mit mehr Umsicht und Glück widmen, oder auch sonst einen anständigen Lebensweg erspähen. Am liebsten wäre er freilich auch als Schneidermeister in Goldach geblieben und hätte jetzt die Mittel gehabt, sich da ein bescheidenes Auskommen zu begründen; allein es war klar, daß er hier nur als Graf leben konnte.

[Fortsetzung folgt.]

„Hansa" bestätigt, so daß die Polizei weitere Ermittlungen anstellen kann. Vor dem Hause und der Filiale Grindelallee erschienen die Einzahler und verlangten stürmisch ihr Geld zurück. Ihr Geld ist ihnen abzüglich Steuerabzuges sicher. Zwecks Feststellung der Steuersumme hat die Steuerbehörde die Akten zugestellt erhalten. — Ueber den Geschäftsbetrieb bei Müller wird berichtet, daß M. mit der Funkstation Nauen in Verbindung stand und sich von dort die Rennen in Frankreich melden ließ. Infolge der Zeitdifferenz von einer Stunde zwischen deutscher und französischer Zeitrechnung gelang es ihm, hier bei Buchmachern auf bereits gelaufene Rennen, deren Sieger ihm bekannt waren, zu wetten und zu gewinnen.

Hamburg. Ein Automobil in eine Schar Kinder hineingefahren. Die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft Meiendorf, bestehend aus nur Hamburger Arbeitern und Angestellten, hielt am letzten Abend in Meiendorf ihr diesjähriges Sommerfest ab. Auf dem Marsche von der Kolonie zum Lokal fuhr das Auto HL 361 eines Lübecker Kaufmannes hinterrücks in die Gruppe der Kinder der Siedler, die hinter der Musik marschierten. Das Auto hielt erst in der Menge und drei Kinder mußten unter dem Auto hervorgezogen werden. Zum Glück wurde keines der Kinder getötet. Ein Kind wurde neben einigen Hautabschürfungen ernstlich am Kopfe verletzt und mußte per Auto zu Dr. Bade, Alt-Rahlstedt, transportiert werden, der einen Notverband anlegte. Die anderen beiden Kinder kamen außer einigen Beulen mit dem Schrecken davon. Die aufgeregten Festteilnehmer, empört über diese frivole Tat, stürzten sich auf den Besitzer und Lenker des Autos und stellten ihn in handgreiflicher Weise zur Rede, worauf er der Gendarmerie in Alt-Rahlstedt übergeben wurde.

Altona. Ergebnis der Magistratswahlen. Von rund 125 000 Wählern haben bei den Magistratswahlen am Sonn- 10 766 (8,6 %) von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Für die Stelle des Ersten Bürgermeisters wurden 5332 Stimmen abgegeben, darunter 22 ungültige. Es entfielen auf: Oberbürgermeister Schnackenburg 5118, Senator Schöning 134, Senator Miether 58 Stimmen. Bei der Senatorwahl stimmten 8952 Wähler; 16 Stimmen waren ungültig. Auf Dr. Lamp'l (Soz.) entfielen 8211, auf den Beigeordneten Dr. Wagner-Römmich 470, auf Bürgermeister Dr. Dudek 255 Stimmen.

Kiel. Raubmord in Holtenau? Am Sonnabend, nachmittags, ist die 72jährige Witwe Nöhren, in der Küche ihrer am Wege Holtenau—Schusterkrug gelegenen Wohnung ermordet und beraubt worden. Zur Tat benutzt wurde ein der Toten gehöriger sogenannter Vorschlaghammer, womit ihr die Schädeldecke vollständig zertrümmert worden ist. Außerdem befanden sich am Halse der Leiche Strangulationsmerkmale, herrührend von einer Gardinenschnur. Soweit bisher festgestellt werden konnte, ist nur ein altes schwarzes Portemonnaie mit zirka 200 Mk., vielleicht auch ein lederner Brustbeutel mit Geld geraubt worden. Für die Ermittelung des Täters ist eine hohe Belohnung in Aussicht gestellt.

Rendsburg. Freilegung eines Urnenfriedhofes. In Hohenwestedt hat man bei Erdbewegungsarbeiten einen vorchristlichen Urnenfriedhof freigelegt. Die beim Abschichten der Erde zuerst getroffenen Urnen wurden zerstört, die übrigen sind geborgen. Im Museum schleswig-holsteinischer Altertümer in Kiel werden die geborgenen Urnen wieder vollständig hergestellt.

Daffow. Kaninchenausstellung. Am Sonntag, dem 21. August veranstaltete der hiesige Kaninchenzüchter-Verein seine erste Ausstellung im Lokale des Herrn F. Lackmann-Neu-Vorwerk. Dieselbe wer außerordentlich zahlreich besucht und fanden die ausgestellten Tiere allgemeine Anerkennung. Von Lübeck und Grevesmühlen hatten sich zahlreiche Freunde der Kaninchenzucht eingefunden, welche ebenfalls ihre Verwunderung über die wohlgepflegten Tiere aussprachen. Unter den Arbeitern wird die Bedeutung der Kaninchenzucht immer mehr eingesehen. Das Fleisch des Kaninchens findet durch die Zartheit und den Nährwert immer mehr Anhang, zumal da bei den heutigen fast unerschwinglichen Fleischpreisen ein Arbeiter kaum daran denken kann, sich in der Woche einmal Schweinefleisch kaufen zu können. Die Kaninchenzüchterei verdient schon deshalb immer mehr Verbreitung.

Schwerin. Die Regierung gegen die Getreidespekulanten. Das Mecklenburg-Schwerinsche Ministerium des Innern erläßt unter dem 18. August die folgende Bekanntmachung gegen den Aufkauf des freien Getreides: „Dem auch in Mecklenburg-Schwerin beobachteten Verfahren, daß die inländische Getreideernte unter Bietung von Preisen, die teilweise den Weltmarktpreis überschreiten, von Spekulanten aufgekauft wird, muß mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln tatkräftig ein Ende bereitet werden. Die Polizeibehörden werden deshalb angewiesen, die zurzeit mit dem Aufkauf des Getreides befaßten Personen streng überwachen zu lassen und ihnen erforderlichenfalls auf Grund der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 und der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 24. Juni 1916 unnachsichtlich das Handwerk zu legen. Soweit diese Personen sich gegen die Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 verfehlt haben, sind sie gleich den mitschuldigen Erzeugern zur raschen Strafverfolgung anzuzeigen."

Malchow. Liebesdrama. In einem hiesigen Hotel hat der Student der Zahnheilkunde R. aus Rostock seine Geliebte und sich selbst erschossen. Das junge Mädchen, das hier in Stellung war, stammt gleichfalls aus Rostock. Man muß annehmen, daß der junge Mann in der Absicht, das Mädchen zu erschießen, nach hier gekommen ist. Die letzten Stunden haben die beiden Liebenden auf dem gerade im Hotel stattfindenden Schützenfest verlebt. Als am nächsten Mittag nach wiederholtem Klopfen der Gast nicht erschien, ließ man die Tür öffnen. Das junge Mädchen lag angekleidet mit einer Schußwunde im Gehirn auf dem Bett, während der junge Mann ebenfalls mit einer Schußwunde im Kopfe vor dem Bett lag. Der Beweggrund zu dieser unglückseligen Tat ist aussichtslose Liebe gewesen.

Warnemünde. Die Leichen der beiden jungen Fischer Hans Klingbiel aus Sülstorf bei Lübeck und Otto Staack aus Timmendorf auf Poel, welche am Sonntag vor acht Tagen bei dem Bootsunglück kurz vor der Warnemünder Hafeneinfahrt in See verunglückt und ertrunken sind, wurden jetzt am Strande unweit „Hohe Düne" gefunden.

Oldenburg. Streik. Die städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter haben mit 106 gegen 4 Stimmen beschlossen, sofort in den Streik zu treten. Der Betrieb in den Licht- und Wasserwerken wird vorläufig von den technischen Beamten aufrecht erhalten. Die Einsetzung der Technischen Nothilfe ist verfügt worden. Die Arbeiter haben eine Erhöhung des Stundenlohnes um 1,50 Mk. verlangt. Die Stadt bot ihnen eine Erhöhung von 20 Pfennig und für jedes Kind 10 Pfennig. Die Einberufung des Schlichtungsausschusses wurde für Montag in Aussicht gestellt. Die Arbeiter verlangten die Zurückziehung der Technischen Nothilfe aus Bremen.

Bremen. Arbeiterkämpfe in Bremen. Gut eine Woche währt nun schon der Ausstand der Bremer Staatsarbeiter. 4000 Arbeiter sind daran beteiligt, und für weitere Gruppen ist dieser Kampf mit Kurzarbeit verbunden, da sie von der Versorgung mit elektrischem Strom vom städtischen Werk abhängig sind. Ursache des Streiks sind endlose Lohnverhandlungen mit einem provozierenden Schlußangebot von 15 Pfg. Zulage pro Stunde. Beide Parteien stehen sich noch schroff gegenüber. Irgendwelche Annäherung ist noch von keiner Seite eingeleitet. Der Senat will nur verhandeln unter vorheriger beiderseitiger Anerkennung eines Schiedsspruches. Die Leitung des Staatsarbeiterverbandes (USP.-Gewerkschaftsführung) will nur direkt verhandeln, ohne Schiedsspruch. Die Notstandsarbeiten sind abgelehnt. Die „Technische Nothilfe" setzte ein und hat im Laufe der Woche weit über den Rahmen ihrer Aufgabe Strom produziert für Lustbarkeitslokale, Straßenbahn usw., so daß heute schon vom Senat Verbote erlassen sind, Lustbarkeitslokale mit Strom zu versorgen. Mit der Gasversorgung kommt sie nicht zurecht. Schon jetzt kann man wohl sagen, daß der angerichtete Schaden in Verbindung mit den hohen Ausgaben für die Nothilfe der Stadt Bremen noch eine gesalzene Rechnung hinterlassen wird; eine Seite des Streiks, die der Bremer Geschäftssenat scheinbar nicht in seine Rechnung gestellt hat. — Auch die Werftarbeiter der Weserwerft sind im Ausstand. Hier kommen 8000 Mann in Frage. Ursache sind sogenannte Rentabilitätsmaßnahmen einer brutalen Werftdirektion, das Angebot eines neuen Akkordtarifes, über den keine Einigung erzielt werden konnte, und der Hinauswurf dreier Betriebsratsmitglieder, darunter auch einer unserer Genossen. Auf der Werft sind keine Verhandlungen eingeleitet. Die Werftdirektion hat den Streik mit Aussperrung beantwortet. Im ganzen fehlt auf der Werft die straffe gewerkschaftliche Führung, da die Belegschaften nur gut zur Hälfte organisiert sind. Der unorganisierte Teil steht unter dem Einfluß der Syndikalisten und Kommunisten. Er versucht immer wieder, die Maßnahmen der Gewerkschaften zu durchkreuzen, und will statt Beschränkung des Streiks die Ausdehnung auf weitere Werften. In diesem Sinne ist ein Telegramm gehalten, daß die Kommunisten am Sonnabend morgen in einer gemischten Werftversammlung annehmen ließen. Dieses Telegramm wird heute auf der allgemeinen Werftkonferenz in Hamburg verlesen werden. Die Kommunisten verlangen, die Kampffront zu verbreitern und Sympathiestreiks in anderen Orten zu propagieren. Es wird gewarnt, auf diese Parole hineinzufallen.

Gewerkschaften.

Protest gegen die Arbeitgeberverbände.

Der in Berlin tagende Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat folgende Entschließung gefaßt:

Gegenüber den zwingend notwendigen Lohn- und Gehaltsforderungen hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in den letzten Tagen öffentlich den Gewerkschaften „unverantwortliche Uebertreibung der Dinge" vorgeworfen, die von der gesamten Arbeitnehmerschaft erhobenen Forderungen „als durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt" hingestellt und gleichzeitig erklärt, daß höhere Löhne nur dann zugestanden werden könnten,

„wenn gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsleistung erfolgt und zu diesem Zweck auch die Tarif- und Lohnpolitik von allen produktionshemmenden Bestimmungen freigemacht wird."

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes weist den in dieser Stellungnahme der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände liegenden Versuch, eine erhöhte und unbeschränkte Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft durchzuführen, aufs entschiedenste zurück.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände offenbart mit ihrer Veröffentlichung das Bestreben, die Arbeitszeit durch Beseitigung des Achtstundentages zu verlängern und die den Arbeiterinteressen dienenden und für den Arbeiterschutz unerläßlichen Bestimmungen der Tarifverträge zu verschlechtern.

Diesen arbeiterfeindlichen Bestrebungen muß der schärfste geschlossene Widerstand der Gewerkschaften entgegengestellt werden!

•

Auftakt zu den bevorstehenden Lohnbewegungen der Gemeindearbeiter. Zwischen den Vorständen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Reichsarbeitgeberverbandes deutscher Gemeinden und Kommunalverbände ist am 11. August folgende Vereinbarung getroffen worden: „In Erkenntnis der sich vorbereitenden Aenderung in den wirtschaftlichen Verhältnissen empfehlen der Reichsarbeitgeberverband deutscher Gemeinden und der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ihren Mitgliedern unverzüglich alle Vorbereitungen zu treffen, um rechtzeitig durch gemeinsame bezirkliche (örtliche) Verhandlungen sich über Art und Höhe der durch die Teuerungsverhältnisse gebotenen Lohnzuschläge zu verständigen. Bei der Verschiedenheit der bezirklichen (örtlichen) Verhältnisse sind die Voraussetzungen für eine zentrale Regelung nicht gegeben; es muß vielmehr den Bezirken (Orten) überlassen bleiben, die durch die jeweiligen Verhältnisse gebotenen Maßnahmen zu treffen. Angesichts der außergewöhnlichen Umstände wird im Einzelfalle dabei zu prüfen sein, ob und inwieweit etwa trotz noch bestehender langfristiger Verträge Zulagen zu gewähren sind, ebenso wie erst in letzter Zeit vereinbarte Lohnerhöhungen auf der anderen Seite entsprechend zu berücksichtigen sein werden. Der Abschluß über das endgültige Ausmaß der in Anbetracht der eingetretenen Teuerung zu gewährenden Zulagen wird im allgemeinen erst dann erfolgen können, wenn die Wirtschaftslage sich geklärt und die Frage auch bei Reich und Staat ihre Regelung gefunden hat.

Reichsarbeitgeberverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände.
Mitzlaff. Dr. Sternberg-Raasch.
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Fritz Müntner."

Wieder ein Streikpostenverbot. Die Bemühungen, den Arbeitern durch gerichtliche Einhaltsbefehle die Ausübung des Streikrechts unmöglich zu machen, treiben immer sonderbarere Blüten. Der „Holzarbeiterzeitung" liegt eine „Einstweilige Verfügung" vor, die das Amtsgericht Harzburg am 20. Juli erlassen hat. Die Möbelfabrik Breustedt in Bad Harzburg, in der gestreikt wird, hat verlangt, daß den Arbeitern das Streikpostenstehen verboten wird, und das Gericht hat ihr den Willen getan. Das Amtsgericht hat sich die Sache sehr leicht gemacht. Um den Fall in das richtige Schema zu pressen, wird die bestreikte Firma Breustedt als „Gläubigerin" und die hier namhaft gemachten Streikenden als „Schuldner" bezeichnet. In der „Einstweiligen Verfügung" wird gesagt, daß die „Gläubigerin" durch eidesstattliche Versicherung glaubhaft gemacht habe, daß von den „Schuldnern" bei ihr angestellte Arbeiter „durch Drohungen und durch Hinweis auf ihre Verbandsmitgliedschaft veranlaßt wurden, bei der Firma die Arbeit einzustellen, wodurch die Gläubigerin erneut der Gefahr ausgesetzt wird, ihre Fabrik zu schließen." Um die „Gläubigerin" zu schützen, verfügt das Amtsgericht, daß den „Schuldnern" unter Androhung einer Geldstrafe von 100 Mk. für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten ist, „die bei der „Gläubigerin" angestellten Arbeiter durch Drohungen und Hinweisung auf ihre Verbandsmitgliedschaft zu veranlassen, ihre Arbeit bei der „Gläubigerin" einzustellen". Gleichzeitig wird der bestreikten Firma aufgegeben, ihre „Schuldner" bis zum 15. August vor das Amtsgericht zur mündlichen Verhandlung über die Rechtmäßigkeit der einstweiligen Verfügung zu laden. Also etwa vier Wochen lang soll die ergangene Verfügung wirken, dann kann die klagende Firma ihre Rechtmäßigkeit nachprüfen lassen! Das ist nun mindestens der dritte Fall, in dem die Gerichte das durch Artikel 159 der Reichsverfassung zugesicherte Koalitionsrecht kühnlich außer Kraft setzten. Vom Justizminister, der berufen ist, die Verfassung zu schützen, muß verlangt werden, daß er die ihm untergebenen Stellen anweist, die Reichsverfassung zu achten und nicht durch gekünstelte Auslegung bestehender Gesetze die Arbeiter ihrer Rechte zu berauben und gleichzeitig den Rest des Ansehens der Justiz zu untergraben.

Aus aller Welt.

Unwetter in der Lausitz. Die Unwetter, die in Form von Windhosen auch in der Zittauer Gegend Schaden anrichteten, suchten schwer das Isergebirge heim. Von einer Katastrophe, wie sie im Isergebirge in solchem Umfange überhaupt noch nicht beobachtet worden ist, wurde dort die Stadt Morchenstern mit ihrer Umgebung heimgesucht. Ein von Windhosen begleitetes Unwetter richtete an Häusern und Bäumen schweren Schaden an. Baumstämme von ¼ bis 1 Meter Durchmesser wurden wie Binsenhalme geknickt, ganze Bäume wurden herausgerissen und Straßen und Wege waren übersät mit Aesten, Ziegeln und Scherben von eingedrückten Fenstern. Das dem Oekonomen Schmidt gehörige Magazin wurde wie ein Kartenhaus umgelegt. Zahlreiche Häuser und industrielle Betriebe wurden abgedeckt und beschädigt. Das Leitungsnetz der Elektrizitätsfirma Panitschka in Schumberg an der Desse, sowie die staatlichen Telegraphenleitungen wurden zerrissen, so daß die Starkstromzuleitung und der Telegraphenverkehr auf lange Zeit vollständig gestört waren. Der Gablonzer Zug mußte auf offener Strecke halten, da zunächst die das Gleis sperrenden entwurzelten Bäume weggeräumt werden mußten. Auch in Wiesenthal, wo u. a. die Werkstätten der Glasfabrik L. Breit abgedeckt wurden, hat das Unwetter arg gehaust. Die Windhose trieb ihr Unwesen auf einer nahezu 4 Kilometer langen Strecke. Der in wenigen Minuten angerichtete Schaden ist enorm.

Millionentransport auf einem Handwagen. Am 1. Dezember 1919 erhielten die früheren Feldwebel Artur Januschke in Angerburg und Franz Launert in Berlin von der Intendantur des 6. Reservekorps in Schaulen den Auftrag, von der Reichsbank in Tilsit vier Millionen Mark in Empfang zu nehmen und nach Schaulen zu bringen. In Anbetracht der großen Summe wurden ihnen drei Feldgendarmen mitgegeben. Sie hoben denn auch die vier Millionen, die ihnen in zwei Kisten und einem Sack plombiert übergeben wurden, gegen Ausweis und Empfangsbescheinigung ab und schafften das Geld auf einem Handwagen nach ihrem Quartier in der Schneiderschen Privatklinik. Hier übergaben sie die beiden Kisten und den Sack den Feldgendarmen, und beide gingen dann, entgegen ihrer Instruktion, in eine Schankwirtschaft. Hier blieben sie von 8 bis 11 Uhr abends. Als sie heimkehrten, fanden sie die drei Feldgendarmen beim Kartenspielen. Am nächsten Tage fuhren sie nach Schaulen, und hier stellte sich beim Nachzählen der Millionen heraus, daß 731 250 Mark fehlten. Der Verbleib dieser hohen Summe konnte nicht festgestellt werden. Wegen Vergehens gegen § 177 des Militärstrafgesetzbuches wurden Januschke und Launert zu je einem Monat Gefängnis verurteilt.

Todesurteil. Vor dem Schwurgericht in Dresden hatte sich der 24 Jahre alte Sattler Artur Paul Fischer aus Kleinwaltersdorf wegen Mordes, Mordversuchs und schweren Raubes zu verantworten. Fischer wollte heiraten, brauchte Geld und überfiel daher am 28. Mai die Juwelierstochter Emilie Hager in ihrer Wohnung in Dresden und schnitt ihr mit einem Rasiermesser den Hals durch. Dann wartete er auf den Vater, der ihm zugesagt hatte, einige Ringe mitbringen zu wollen. Fischer sprang ihm entgegen und wollte ihn erwürgen, aber der alte Mann wehrte sich verzweifelt und schließlich ergriff Fischer die Flucht. Er konnte auf der Straße sogleich ergriffen werden. Das Gericht verurteilte ihn zum Tode, zu zehnjähriger Zuchthausstrafe und zu dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Die eigene Frau ermordet. In Meißen stellte sich der Arbeiter Ernst Schwarz der Polizei mit dem Eingeständnis, daß er in der Nacht zum 16. August seine Ehefrau, mit der er erst ein Jahr verheiratet war und in unglücklicher Ehe lebte, erwürgt habe, weil er von ihr der Untreue beschuldigt worden sei. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Sch. die Tat unter dem Einfluß einer Gehirnerschütterung vollbracht hat, die er bei einem Betriebsunfall erlitten hatte.

Eine Funkenstation in Gefahr. In der Umgebung der Funkenstation Fievelse (Hannover) wütet ein Wald- und Heidebrand, der bereits für mehrere Millionen Holz und Forst vernichtet hat. Da die Funkenstation in großer Gefahr schwebt, gingen 200 Mann Sicherheitswehr von Hannover ab. Auch die Technische Nothilfe aus den umliegenden Ortschaften ist zur Stelle. Sie haben Gräben ausgehoben und Dämme errichtet. In Schneeren mußten die Einwohner das Vieh aus den Ställen treiben, da es sonst erstickt wäre. Der Brand wütet weiter.

Ballonabsturz bei Bitterfeld. Sonnabend nacht hat sich ein schweres Ballonunglück ereignet. Es waren zwei Freiballons aufgestiegen, die beide gut vom Start abkamen und von denen der eine auch glücklich wieder landete. Der andere Ballon unter Führung des Lehrers Ulrich flog alsbald gegen einen Fabrikschornstein, in dessen Steigeisen und Blitzableiter sich das Netzwerk der Ballonhülle verfing. Hierdurch wurde die Hülle aufgerissen und der Ballon stürzte etwa 50 Meter weiter ab. Die drei Insassen wurden getötet. Der Ballonführer Ulrich, dessen Tatkraft und Umsicht bereits durch über 40 Freiballonfahrten erprobt war, ist am Sonntag seinen Verletzungen in einer Halleschen Klinik erlegen.

Schweres Gruben-Unglück. Auf der Essener Schachtanlage der „Gewerkschaft vereinigte Helene-Amale", ereignete sich ein schweres Grubenunglück, indem die Bremsscheibe eines Lufthaspels durch eine Dynamitexplosion gesprengt wurde. 4 Bergarbeiter sind getötet und 12 erlitten lebensgefährliche Verletzungen. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

Unglück in der Filmstadt. Auf dem Vorführungsplatz der Lubitsch-Film-Gesellschaft in der Parkstraße in Steglitz ist eine dort aufgerichtete 15 Meter hohe indische Tempelanlage abgetragen worden. Plötzlich stürzte die Pagode zusammen und begrub einen der dabei beschäftigten Arbeiter unter den Trümmern. Als man den Verunglückten hervorzog, war er bereits tot. Seine Persönlichkeit konnte noch nicht festgestellt werden. Die Film-Gesellschaft hat die Kriminalpolizei um Untersuchung des Falles gebeten, da sie annimmt, daß verbrecherische Hände dabei mitgespielt haben.

Strandung eines englischen Dampfers. Nach einer „Matin"-Meldung aus London ist der Dampfer „King Orry" mit 1500 Passagieren an Bord auf der Höhe von New-Brighton gescheitert. Die Passagiere wurden gerettet.

Sport.

Wismar I — A. T. V. II 3:9 (2:5). Nach langer Zeit hatte auch die zweite Mannschaft A. T. V. wieder einmal einen auswärtigen Gegner als Gast hier. Anscheinend kommt wieder der alte Geist in die Mannschaft hinein, welcher im vorigen Jahre die Mannschaft auszeichnete. Wismar hat Anstoß. Gleich legen beide Mannschaften flott los. Nicht lange dauerts, da kann von Lübecks Mittelstürmer das erste Tor getreten werden. Wismar macht gleich nach Wiederanstoß einen flotten Durchbruch und bekommt eine Ecke. Selbige wird sehr gut getreten, (wie überhaupt alle Ecken während des Spiels), kurzes Hin und Her vor dem Lübecker Tor und der Ball sitzt drin. Somit ist der Ausgleich hergestellt. Lübeck wird jetzt den Gästen gefährlicher. Das Spiel wird mehr in Wismars Spielhälfte verlegt, und das Resultat stellt sich bis Halbzeit auf 2:5. Nach Halbzeit leidet das Spiel unter der großen Hitze. Wismar kommt nur noch wenige Male vors Lübecker Tor und kann nur noch ein Tor für sich buchen, während Lübeck noch 4 mal der Erfolg beschieden ist. Die Wismarer Mannschaft war nicht schlecht, es sind gute Kräfte vorhanden. Das Resultat ist wohl ein hohes, doch wenn ein guter Schiedsrichter zur Stelle gewesen wäre, hätte das Resultat wohl etwas anders ausgesehen. H. L.

Das Zahnpulver „Nr. 23" 5540
reinigt die Zähne so vollkommen, daß schon nach kurz. Gebrauch das Aussehen ders. bedeutend verbessert wird.
In den Apotheken und Drogerien.